

# **RATIFIKATION - RATIFICATION**

Art. 155 genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51

## **BEITRITSCHUTZURKUNDE - ACCESSION PROTECTION CERTIFICATE**

von - from

**Prof. Mustafa-Selim SÜRMELI - EGMR / ECHR 75529/01**

als - as

SCHUTZMACHT (Zivilschutz) - PROTECTIVE POWER (civil protection)

im öffentlich-zwingenden Völkerrecht - in mandatory public international law



für das - for the

- genfer Abkommen I - Geneva Agreement I - SR 0.518.12
- genfer Abkommen II - Geneva Agreement II - SR 0.518.23
- genfer Abkommen III - Geneva Agreement III - SR 0.518.42
- genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51  
und Zusatzprotokolle - and additional protocols

in Verbindung mit der Staatenverantwortlichkeit - in connection with state responsibility

**UN-RES 56/83**

**Seiten 2 - 19 deutsch**

**Pages 20 - 37 english**

**Unterschrift - signature 38**

**Es gilt für Übersetzungen der Originaltext zum Abgleich in deutscher Sprache.**

**The original text for comparison in German applies to translations.**



### genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten

systematische Rechtsammlung (SR)

**genfer Abkommen IV - SR 0.518.51  
im Recht der Verträge - SR 0.111**

#### Art. 1

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, **das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.**

#### Art. 152

Das vorliegende Abkommen soll **sobald als möglich** ratifiziert werden. Die **Ratifikationsurkunden sollen in Bern hinterlegt** werden.

Über die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde soll ein **Protokoll** aufgenommen werden. Von diesem soll eine **beglaubigte Abschrift durch den Schweizerischen Bundesrat allen Mächten zugestellt werden, in deren Namen das Abkommen unterzeichnet oder der Beitritt erklärt worden ist.**

#### Art. 153

Das vorliegende Abkommen tritt sechs Monate nach Hinterlegung von mindestens zwei Ratifikationsurkunden in Kraft.

Späterhin tritt es für jede Hohe Vertragspartei sechs Monate nach Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft.

#### Art. 154

In den Beziehungen zwischen Mächten, die durch das **Haager Abkommen** betreffend die **Gesetze und Gebräuche des Landkrieges** gebunden sind, handle es sich um das vom 29. Juli 189914 oder das vom 18. Oktober 190715, und die am vorliegenden Abkommen teilnehmen, ergänzt dieses die Abschnitte II und III des den erwähnten Haager Abkommen beigefügten Reglements.

Art. 155

**Vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an steht das vorliegende Abkommen auch jeder Macht zum Beitritt offen, in deren Namen es nicht unterzeichnet worden ist.**

Art. 156

Der **Beitritt soll dem Schweizerischen Bundesrat schriftlich mitgeteilt werden** und wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt, an dem ihm die Mitteilung zugegangen ist, wirksam.

**Der Schweizerische Bundesrat soll die Beitritte allen Mächten zur Kenntnis bringen, in deren Namen das Abkommen unterzeichnet oder der Beitritt erklärt worden ist.**

Art. 157

Die in den Artikeln 2 und 3 vorgesehenen **Situationen verleihen den vor oder nach Beginn der Feindseligkeiten oder der Besetzung hinterlegten Ratifikationsurkunden und abgegebenen Beitrittserklärungen von den am Konflikt beteiligten Parteien sofortige Wirkung.** Der Schweizerische Bundesrat soll Ratifikationen oder Beitritte der am Konflikt beteiligten Parteien auf dem schnellsten Wege bekanntgeben.

Art. 158

Jeder Hohen Vertragspartei steht es frei, das vorliegende Abkommen zu kündigen. Die Kündigung ist dem Schweizerischen Bundesrat schriftlich anzuseigen, der sie den Regierungen aller Hohen Vertragsparteien bekannt gibt.

Die Kündigung wird ein Jahr nach ihrer Anzeige an den Schweizerischen Bundesrat wirksam. **Die angezeigte Kündigung bleibt jedoch, wenn die kündigende Macht in einen Konflikt verwickelt ist, solange unwirksam, als der Friede nicht geschlossen wurde und auf alle Fälle solange, als die Aktionen nicht abgeschlossen sind, die mit der Freilassung, Heimschaffung und Wiederansiedlung der durch das vorliegende Abkommen geschützten Personen in Zusammenhang stehen.**

Die Kündigung gilt nur in bezug auf die kündigende Macht. **Sie hat keinerlei Wirkung auf die Verpflichtungen, welche die am Konflikt beteiligten Parteien gemäß den Grundsätzen des Völkerrechts zu erfüllen gehalten sind, wie sie sich aus den unter zivilisierten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens ergeben.**

Art. 159

**Der Schweizerische Bundesrat wird das vorliegende Abkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen eintragen lassen. Er wird das Sekretariat der Vereinten Nationen ebenfalls von allen Ratifikationen, Beitritten und Kündigungen, die er in bezug auf das vorliegende Abkommen erhält, in Kenntnis setzen.**

**Prof. Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**ultra vires in ordre public des ius gentium für das ius cogens**  
c/o Akademie Menschenrecht, Bielfeldtweg 26, [DE-21682] STADE

**Bundesrat der schweizer Eidgenossenschaft**  
Bundesgasse 1 - Protokoll

**Tel.: 0049-4141-8609142**  
**Fax.: 0049-4141-8609143**

**[CH-3003] BERN**

**Willenserklärung: Rechtschaffung und Rechtdurchsetzung - ECHR 75520/01**  
**Ratifizierung der genfer Abkommen I-IV und Zusatzprotokolle**

**Die zwingende Willenserklärung richtet sich in der Staatenverantwortlichkeit an den  
Bundesrat der schweizer Eidgenossenschaft für den Zivilschutz als Schutzmacht!**

Ich bin Mustafa-Selim SÜRMELI und in 47 Mitgliedschuldstaaten des Europarates durch die öffentliche Feststellung und Bekanntmachung gemäß Art. 6 im Recht der Verträge in ECHR 75529/01 "ordre Public" legitim legislativ als Recht schaffener Mensch im Recht der Verträge bevorrechtigt und zitierpflichtig (Art. 19 (3) Grundrechte). Ich bin mit Meinem umfangreichen Wissen als Professor an der Akademie Menschenrecht als Menschenrechtler für den Zivilschutz mit fast 40 Jahren Erfahrung als Schutzmacht natürlich berufen und darf Rechtvorschriften erlassen (Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83, Art. 1 (3) ÜLV).

**Legitimation und Legalisation von 47 Mitgliedstaaten des Europarats  
Rechttitel ECHR 75529/01 - öffentliche Bekanntmachung in Art. 53, 59 EMRK**

Im Bezug auf den völkerrechtlichen Rechttitel ECHR 75529/01 bedeutet diese Tatsache für die Bundesrepublik Deutschland und im Geltungsbereich der 47 Mitgliedstaaten des Europarats im festgestellten Zusammenhang des § 245 ZPO und § 15 GVG, daß im Überleitungsvertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen Mustafa-Selim SÜRMELI demnach nicht verpflichtet ist, vom Rechtsbehelf der Jurisfiktion eines Staates Gebrauch zu machen, um Recht durchzusetzen. Gemäß Art. 19 (3) Grundrecht besitze Ich als Mediator Mustafa-Selim SÜRMELI einfach unmittelbares Legislativrecht, denn es gilt Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen (Art. 24 (3), 25, 95, 137 GG) zwingend anzuwenden!

**öffentliche Bekanntmachung: Auszug aus dem Wortlaut – ordre public ECHR 75529/01:**  
[\*\*https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Menschenrechtskonvention\*\*](https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Menschenrechtskonvention)

[...] so erinnert der Gerichtshof daran, daß die Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht nicht als wirksame Beschwerde im Sinne des Artikels 13 der Konvention angesehen werden kann und ein **Beschwerdeführer demnach nicht verpflichtet ist, von diesem Rechtsbehelf Gebrauch zu machen**, auch wenn die Sache noch anhängig ist (**Sürmeli ./ Deutschland [GK]**, Nr. 75529/01, Rdnrn. 103-108, CEDH 2006-...) oder bereits abgeschlossen wurde (Herbst ./ Deutschland, Nr. 20027/02, 11. Januar 2007, Rdnrn. 65-66).“ – EGMR-Beschluß – 10/05/07: Rechtssache Skugor gegen Deutschland (Individualbeschwerde Nr. 76680/01).

Hinweis: **Art. 142, 149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 und UN A/RES/66/164**

### **Tatsachen, die offensichtlich und offenkundig sind, bedürfen keines Beweises.**

Durch den zwingenden Vertrag in Art. 6 im Recht der Verträge - SR 0.111 ist die Existenz der Schutzmacht wesentlicher Bestandteil des zwingenden Völkerrechts im komplexen genfer Abkommen akzeptiert, denn sonst sind alle Verfassungen der Staaten verfassungswidrig. Die Staaten setzten in der vorrangigen Verfassungordnung die Grundrechte und Grundfreiheiten für das unverletzliche und unveräußerliche Menschenrecht und die unantastbare Menschenwürde voraus. Das zwingende Völkerrecht ist Bundesrecht und geht den innerstaatlich-nationalen Bundes- und Landesgesetzen einfach voraus. Anders als Bundes- und Landesgesetze kann das zwingende Völkerrecht nicht mit der Verfassungsbeschwerde angefochten werden, denn dafür ist der Gerichthof der Menschen als Schutzmacht im Recht der Verträge zuständig.

Ich bin von 47 Mitgliedsstaaten des Europarates völkerrechtlich festgestellter und öffentlich bekannt gemachtes Menschenrechtverletzungopfer in ECHR 75529/01 wegen Stillstand der Rechtpflege (Art. 6 und 13 EMRK), weil Rechtstaatlichkeit und eine wirksame Beschwerde nicht möglich ist. Ich weiß was Menschenrecht ist, und nur der Mensch, der im Menschenrecht lebt und es anwendet, kann Menschenrecht im Zivilschutz machen und Menschenrechtverletzungen in Art. 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 im Recht der Verträge als Schutzmacht wirksam beenden.

Die Schweiz hat die EMRK am 28.11.1974 ratifiziert und ECHR 75529/01 ist auch für die Schweiz im Zusammenhang mit dem Zivilschutzabkommen gültig. Ich trete mit Eingang Meiner öffentlichen Erklärung durch Ratifikation beim schweizer Bundesrat (Art. 145, 152, 155, genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 vorab im Wege der Dringlichkeit per Fax, Mail oder Brief) salvatorisch mit Sofortwirkung als "Schutzmacht", "Hohe Hand" mit den Zivilschutzorganisationen dem genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 mit der öffentlichen Ratifikation bei. Es ist bestimmt, daß Mein öffentlicher Wille im Recht der Verträge des genfer Abkommens sobald als möglich ratifiziert werden soll. Die Ratifikationsurkunden sollen vertragsgemäß in Bern hinterlegt werden.

Die Ratifikation ist vorrangig im wiener Abkommen in Art. 11-18 Recht der Verträge - SR 0.111 für den Zivilschutz nicht ausdrücklich und unbedingt erforderlich, weil der zwingend-völkerrechtliche Vertrag sieht den Eintritt seit dem 12.08.1948 im Platzhalter unbedingt, aber unbestimmt voraus, denn es gibt keine Verjährungsfristen im Völkerstrafrecht.

Alle Staaten akzeptieren zukünftig durch Eintritt in den Vertrag zwingend die Schutzmacht mit ihrer Ratifikation der genfer Abkommen I-IV, denn die Schutzmacht ist wesentlicher Bestandteil des zwingenden Völkerrechtes! Die Schutzmacht tritt im Wege der Dringlichkeit salvatorisch gemäß Art. 154, 157 in Verbindung mit Art. 132 - 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 mit sofortiger Wirkung ein und erstreckt sich vertraglich gemäß Völkerstrafrecht in der Schutzwicht von Anfang an, damit die zwingenden Verträge nicht nichtig werden, denn im Völkerstrafrecht gibt es keine Verjährung und keine Minderung der Strafe (12.08.1949 - Art. 146-147 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta, Art. 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.41).

### **Rubrum, Rechtswahl, Gerichtstand und Strafbarkeit:**

Verpflichtung und Rechtbestimmung des zwingenden Vertrages

- Art. 1, 52 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 1, 53 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 1, 11, 104, 132 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 1, 12, 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

Über die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde soll ein Protokoll aufgenommen werden. Von diesem soll eine beglaubigte Abschrift durch den schweizerischen Bundesrat allen Mächten zugestellt werden, in deren Namen das Abkommen unterzeichnet oder der Beitritt erklärt worden ist.

**Zwingende Verträge sind unter allen Umständen einzuhalten und die Einhaltung durchzusetzen.** Verletzungen des zwingend-humanitären Völkerrechts im Zivilschutz sind melde- und anzeigenpflichtig und müssen sofort beendet werden, wenn eine positive Vertragsverletzung vorliegt. Zuständig ist gemäß Art. 95 UN-Charta, Art. 95 GG der GdM (oberstes Bundesgericht) als Schutzmacht im Zivilschutz.

### **Rechtvorschriften:**

Art. 24 (3), 25 GG, Art. 95 UN-Charta Art. 1, 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51  
UN-RES 45/120, UN-RES 53/144 und/oder EU-RES 2009/ C-303/06:

- Art. 47 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 48 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 127 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 144 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

**Jeder muß das Völkerrecht per Verfassungsrang kennen und anwenden!**

### **Zivilschutz:**

Das Zivilschutzabkommen ist unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

- Die hohen Vertragsparteien verpflichten sich, in Friedens- und in Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern im weitestmöglichen Ausmaß zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und wenn möglich zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, damit die Gesamtheit der Bevölkerung seine Grundsätze kennen lernen kann.
- Die zivilen, militärischen, polizeilichen oder andern Behörden, die in Kriegszeiten eine Verantwortung in Bezug auf geschützte Personen übernehmen, müssen den Wortlaut des Abkommens besitzen und über dessen Bestimmungen besonders unterrichtet werden.

### **WILLENSCHUTZENTSCHLUß:**

Ich trete unbedingt und unmittelbar als Schutzmacht mit dem Netzwerk Menschenrecht (IZMR, ZEB, GdM, OM, ZMA und Derivatororganisationen) den genfer Abkommen I-IV öffentlich **im Bewußtsein Meiner Verantwortung zum Wohl für die Menschen und die Menschheit im Schöpferbund dem zwingenden Völkerrecht für Gerechtigkeit** bei. Die öffentliche Ratifikationsurkunde wird gemäß dem haager Abkommen, - gemäß dem Regulierungsakt in Art. 152-159 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 in den Schlußbestimmungen apostilliert und zweifach dem Bundesrat zur Weiterleitung an die vereinte Nationen zur Eintragung zugesandt.

### **BEGRÜNDUNG der Schutzmacht im Zivilschutz:**

Ich führe in der Regel alle noch nicht beendeten und bestehenden Menschenrechtverletzungen auf die Totalrevision der Bundesverfassung der Staaten zurück, da Restitution zur Amnestie immer noch nicht praktiziert wird, weil das genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 in den Staaten und Ländern nicht eingehalten und durchgesetzt wird.

- Die Staaten oder Länder können den Zivilschutz nicht machen, sondern unterliegen dem Zivilschutz als Schutzmacht (BVerfGE).
- Nur der Wissende kann den Auftrag des Zivilschutzes zu Ende bringen.
- Rechtschutzorganisationen bekommen ihre Rechtfähigkeit von den sie schaffenen Rechtsträgern. Die Schutzmacht kann nur der Sein, der sich im Völkerrecht im Überleitungsvertrag befindet und Rechtvorschriften machen darf. Durch Rechttitel ECHR 75529/91 bin Ich (Mustafa-Selim SÜRMELI) im Überleitungsvertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Art. 142-143 genfer Abkommen IIII - SR 0.518.42, **Zivilisten als unbewaffnete Kriegsgefangene**) demnach nicht verpflichtet, vom Rechtsbehelf der Jurisfiktion gemäß Art. 154 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 eines Staates Gebrauch zu machen, um Recht durchzusetzen. "... In den Beziehungen zwischen Mächten, die durch das haager Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges gebunden sind, handelt es sich um das vom 29.07.1899 oder das vom 18.10.1907, und die am vorliegenden Abkommen teilnehmen, ergänzt dieses die Abschnitte II und III des den erwähnten Haager Abkommen beigefügten Reglements ...".
- Gerichtliche Entscheidungen der staatlichen Jurisfiktion sind keine Rechtvorschriften.
- Ich bin zitierpflichtig. Gemäß Art. 19 (3) Grundrecht besitze Ich als Mediator Mustafa-Selim SÜRMELI einfach unmittelbares Legislativrecht aus ECHR 75529/01, denn es gilt Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetz (Art. 24 (3), 25, 95, 137 GG) zwingend anzuwenden! Meine juristische Person ist im Wesen Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt.
- Der Zivilschutz im immateriellen Aufgabenbereich in Art. 147 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 unterscheidet sich von der materiellen Zivilversorgung, Zivilrettung oder Zivilwacht!

Ich rüge die ständige Verletzung des zwingenden Zivilschutzabkommens in Verfassungen, da die Verfassungen von Staaten und Ländern nur dann Gültigkeit erfahren, wenn die Schutzmacht vorhanden ist. Das in-Kraft-treten von Verfassungen in Staaten und Ländern setzt unbedingt die Schutzmacht im vorrangig-zwingenden Völkerrecht für die menschliche Entwicklung in einem Rechtstaat voraus. Ohne Zivilschutz besteht kein Rechtstaat.

**Beispiel:**

- \* Art. 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
- \* Art. 193 (4) in Verbindung mit Art. 5, 190 SR 0.101 Bundesverfassung der Schweiz
- \*Art. 90 türkische Verfassung
- \*Art. 92 - 95 Verfassung des Königreichs der Niederlande .....

**Zustand im Rechtstillstand:**

Immer mehr Menschen werden Opfer von Behördenwillkür (Binnenflüchtlinge - IDP) durch Regierungskriminalität von Bediensteten in den Behörden und Regierungen ohne Aussicht auf Klärung oder Unterlassung der Straftat im Systemstaat. In der Regel entstehen die Probleme der Menschen nur durch die Bediensteten in den Behörden und Regierungen selber, wenn der Auftrag (Art. 73 UN-Charta) falsch, mangelhaft oder auch mißbräuchlich im öffentlichen Recht angewandt und der Zivilschutz nicht angewandt wird (Art. 146, 147 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83 - Verletzung der Staatenverantwortlichkeit als Verbrechen im zwingenden Völkerrecht).

Nach den gegenwärtigen Schätzungen warten allein in der Bundesrepublik Deutschland etwa 6 Millionen Menschen auf Entschädigung wegen Menschenrechtverletzungen, da Prävention und Restitution als Inlandsterror "Regierungskriminalität" gegen das zwingende Völkerrecht auslöst und nicht verfolgt wird.

In einer Kettenreaktion werden dann die Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen verletzt, und in Folge tritt die Menschenrechtverletzung menschenunwürdig ein. Gegen das Verarmungsverbot der binnenflüchtigen Menschen durch systematische Aussetzung (Prototyp Reichsbürger) folgt die Vereelung des Menschen in Folge des öffentlichen Rechtraubes, weil die wirksame Beschwerdebearbeitung zur Problemlösung überhaupt nicht funktioniert, wie im zwingenden Völkerrecht in Art. 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 im Recht der Verträge unter allen Umständen vorgeschrieben ist.

Deswegen gilt einfach-kategorisch Völkerrecht imperativ vor Bundes- und Landesgesetzen anzuwenden. Um Völkerrecht anzuwenden, müssen alle den Zivilschutz kennen, anwenden, unter allen Umständen einhalten und die Einhaltung durchsetzen, denn Dummheit kann nicht wirksam organisiert werden, denn

Dummheit ist der Zustand, den der Geist nicht berührt hat.

Gemäß Völkerrecht kann sich keiner (niemand) im Fall eines Strafverfahrens auf Unwissenheit berufen, denn keiner kann weder sich selbst noch eine andere Vertragspartei von den Verantwortlichkeiten befreien, die ihr selbst oder einer anderen Vertragspartei auf Grund der Rechtverletzungen zufallen (Art. 1-3, 70, 142-149, 157 genfer Abkommen IV-SR 0.518.51).

Eine Menschenrechtverletzung kann sich kein Mensch selbst beibringen und ist nicht anfechtbar, weil eine Menschenrechtverletzung eine Tatsache ist und diese muß ad-hoc obligatorisch beendet werden. Ursache der Totalrevision der nationalen Verfassung ist die vorsätzliche Nichtumsetzung des Zivilschutzes gegen das Recht der Verträge „-pacta sunt servanda-, im zwingenden Völkerrecht des ius cogens (Kontrahierungzwang).

**Der Zivilschutz ist historisch und zukünftig das Recht des frei werdenden Menschen:  
ius gentium**

Menschenrechtverletzungen als schwere Verletzungen des zwingend-humanitären Völkerrechtes können weltweit nicht geahndet und beendet werden, da die völkerrechtlichen Verpflichtungen, Präventionen und Schutzmaßnahmen nicht eingehalten und durchgeführt werden, um die schweren Verletzungen gegen die Menschenwürde und das Menschenrecht zu verhindern, aufzuklären und zu ahnden. Die Menschen und die Menschheit können sich ohne den Zivilschutz als Schutzmacht nicht überpositiv und nicht positiv in der Erkenntnis entwickeln.

Widerstand muß daher ab sofort für jeden Zivilisten zur Pflicht werden, will er, sie oder es für allfällig gegenwärtige oder zukünftige Kriegsverbrechen nicht zur Mitverantwortung gezogen werden, denn Krieg ist im zwingenden Völkerrecht eine Privatsache. Die Bestrafung der Menschenrechtverletzer ist notwendig, denn ohne Konsequenz keine Erkenntnis im GeWissen. Ein Gesetz, eine Rechtsnorm eines Staates ist in ordre public nicht anzuwenden, wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt, das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts (Menschenrecht - Art. 1 Grundrecht) offensichtlich, -insbesondere die Anwendung mit den fundamentalen Rechten und Freiheiten-, unvereinbar ist (Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83).

Bei der Verletzung des zwingenden Völkerrechtes darf sich in der Staatenverantwortlichkeit ein Staat oder Organisation im außervertraglichen Schuldverhältnis nicht auf das innerstaatliche Gesetz berufen, um die Nacherfüllung der ihm nach diesem Teil obliegenden Verpflichtungen zu rechtfertigen (Art. 6 EGBGB, Art. 3, 32, 34-38, 56 UN-RES 56/83).

Die Autorität ist verfassungsgerechtlich geregelt. An der eigenen Autorität des Staates fehlt es, wenn an Stelle der Staatsgewalt unmittelbar ein übergeordnetes Recht eintritt und der Verwaltungsweg wegen fehlender Gerichtsbarkeit schlechthin innerstaatlich, wie in Art. 95 UN-Charta in Verbindung mit Art. 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 im öffentlichen Recht, Art. 6 EGBGB sowie Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83, ausgeschlossen ist.

Die Staaten sind durch den Überleitungsvertrag im Zivilschutz durch Art. 95 UN-Charta gehindert die Rechtvorschriften im zwingenden Völkerrecht auch nur inzidenter für rechtswidrig zu erklären, da die Staaten das Abkommen durch eine völkerrechtlich verbindliche Erklärung eines zuvor durch Unterzeichnung abgeschlossenen völkerrechtlichen Vertrages durch die Vertragsparteien diplomatisch obligatorisch bestätigt haben. Sind mehrere Staaten für dieselbe völkerrechtswidrige Handlung verantwortlich, so kann in Bezug auf diese Handlung die Verantwortlichkeit eines jeden Staates geltend gemacht werden.

Zu beachten ist, daß verfassungrechtliche Streitigkeiten mit Menschen nicht erlaubt sind. Gemäß fundamentales Recht (Hard Law) haben Bedienstete keine Meinung oder Interesse im öffentlichen Recht in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Damit ist unbedingt in der Verwaltung nur nichtverfassungrechtliches Tathandeln erlaubt (alternativ Art. 17a Grundrecht, § 40 VwGO).

**Tatsachen, die offensichtlich und offenkundig sind, bedürfen keines Beweises.**

Als salvatorische Klausel (lat. *salvatorius* „bewahrend“, „erhaltend“) wird im Recht die Bestimmung („Klausel“) eines Vertrages bezeichnet, welche Rechtsfolgen eintreten läßt, wenn sich einzelne Vertragschutzbestandteile als unwirksam oder undurchführbar erweisen sollten oder sich herausstellt, daß der Vertrag Fragen nicht regelt, die eigentlich hätten geregelt werden müssen (Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83).

**zwingende Notwendigkeit des Beitritts und Ratifizierung:**

Da der Zivilschutz als Schutzmacht im Vollzug des Aufgabenbereiches gemäß Art. 146-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 seit dem 12.08.2020 unbekannt ist und fehlt, so trete Ich zur allseitigen Erfüllung der gestellten Aufgaben an diese Stelle als Recht schaffener Mensch im Wissen, Ge-Wissen und Erkenntnis in Erfahrungen als Menschenrechtler, Menschenrechtverteidiger, Menschenrechtbeistand und Menschenrechtopfer allen zwingenden Verträgen als Schutzmacht in Not, Notstand und Selbsthilfe (Art. 39-40 UMR-Verfassung als Bestandteil des zwingenden Vertrages) dem Zivilschutz als Schutzmacht bei.

Durch und wegen Mir sind sehr viele Gesetze in den Staaten geändert worden, doch es gibt immer noch keine einheitliche Gerechtigkeit in den Mitgliedsstaaten für Menschen, da der Zivilschutz durch die Schutzmacht fehlt.

Die Schutzmacht wird im zwingenden Völkerrecht des **ius cogens** im Kontrahierungszwang

- genfer Abkommen I - SR 0.518.12 - 3 Mal
- genfer Abkommen II - SR 0.518.23 - 3 Mal
- genfer Abkommen III - SR 0.518.42 - 42 Mal
- genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 - 43 Mal

genannt und vorausgesetzt. In Art. 1 genfer Abkommen IV muß das zwingende Völkerrecht unter allen Umständen eingehalten und die Einhaltung durchgesetzt werden. Ich bin auf Erden in der Türkei geboren, lebe auf Erden der Bundesrepublik Deutschland (im Mittelpunkt der Welt des Feinstaates) und trete in das Recht auf Erden der schweizer Bundesverfassung ein.

In Art. 90 türkischer Verfassung und Art. 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gilt das Völkerrecht als Bundesrecht vor Bundes- und Landesgesetzen zwingend anzuwenden und kann als einfaches Recht nicht durch das nationale Verfassungsgericht beschwert oder diskutiert werden wie innerstaatliche Gesetze.

Aus diesem Grund ist die schweizer Verfassung ebenso vom Völkerrecht als Bundesrecht vor Bundes- und Landesgesetzen verfassungrechtlich abhängig. Die schweizer Bundesverfassung verlangt und setzt unbedingt voraus, daß die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts nicht verletzt werden dürfen. Wenn das zwingende Völkerrecht mißachtet wird, ist die öffentliche Ordnung (ordre public) -Grundsatz der Subsidiarität- verletzt! Nur mit dem Zivilschutz wird die schweizer Bundesverfassung und alle anderen Verträge der Staaten gültig und erst dann tatsächlich für die Zukunft in Kraft gesetzt (zur Zeit Totalrevision).

### **Rechtvorschrift (zwingend):**

#### **Art. 193 (4) in Verbindung mit Art. 5, 188-190 Bundesverfassung der Schweiz - SR 0.101**

Gemäß genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 ist die Schweiz verpflichtet den Zivilschutz per Verfassungrang einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen. Kernpunkt des Zivilschutzes ist, daß das zwingende Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen in der öffentlichen Ordnung in allen Staaten anzuwenden ist. Aufklärung und Schulung im humanitären Völkerrecht ist notwendig und erforderlich, um die Beachtung von dessen Normen in Friedenszeiten und Zeiten eines bewaffneten Konflikts sicherzustellen. Dies gilt für die gesamte Bevölkerung, wenn auch einschlägigen Personengruppen der Bediensteten in den Behörden besondere Aufmerksamkeit zukommen muß.

In Folge liegt Totalrevision der zwingenden Verträge und Bundesverfassung vor, die schwere Konflikte im zwingenden Völkerrecht als "never-End" auslösen, denn alle weltweiten schweren Straftaten sind auf diese Ursachenquelle zurückzuführen. Der Vollzug der genfer Abkommen im Aufgabenbereich des Art. 132-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 wird zwingend im Völkerrecht vorausgesetzt.

Wenn also die notwendige und erforderliche Aufklärung und Schulung in den Staaten nicht erfolgt ist, kann Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen nicht im öffentlichen Recht (Totalrevision) angewandt werden.

Die zwingenden Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes, sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Ohne den Zivilschutz und Aufklärung im zwingenden Völkerrecht

- Art. 47 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 48 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 127 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 144 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

können die Menschen weder im Bundesgebiet die Grundrechte und Grundfreiheiten schützen noch die Pflicht zum Widerstand ohne Verbrechen der Aggression zu befürchten mittelbar oder unmittelbar wirksam aufnehmen.

So erklären sich auch die Vertragschuldverletzungen gegen das zwingende Völkerrecht, denn Dummheit kann nicht wirksam organisiert werden.

Völkerrecht ist systematisch lösungsorientiert und ad-hoc zur Beendigung des Problems in einem Staat oder Land anzuwenden. Privatvertragliche Gesetze (Krieg ist Privatsache - genfer Abkommen I-III) sind als never-End für die Opfer.

Zitat: "... was der Aktiengesellschaft nützt wird gemacht  
... ich bin nicht zuständig oder  
... was interessiert mich mein Geschwätz von gestern...".

Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist ein Vorabentscheidungs- und kein abschließendes Gericht und beendet die Menschenrechtverletzung nicht augenblicklich. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist kein völkerrechtliches Gericht, weil das Völkerrecht nur das feststellende Obligationsgericht kennt. Beim Völkerrecht darf die Feststellung nicht in die innerstaatliche Jurisfiktion für eine Wiederaufnahme verweisen, da gemäß Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83 die Menschenrechtverletzung und die Folgen der obligatorischen Entschuldigung nach Völkerrecht bestimmt werden muß. Die Menschenrechtverletzung ist eine Verwaltungsnichtigkeit und richtige Verwaltungsakte führen dazu, daß der Verwaltungsakt von Anfang an richtig ist. Wiederaufnahme und Restitution innerhalb der Jurisfiktion ist unzulässig.

Eine Wiederaufnahme (Art. 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51) oder eine Restitution in der Jurisfiktion (Art. 3, 32, 56 UN-RES) ist unzulässig, sittenwidrig, richtig und recht-, verfassung- und völkerrechtwidrig.

Völkerrecht ist Kategorie Recht, Bundesrecht und in Folge eine imperative Akzeptanz.

### **ACHTUNG:**

Während die genfer Abkommen I-III im Kriegszustand von den Staaten und Ländern privat durch Beitritt akzeptiert wird, ist die Schutzmacht im Vollzug in Art. 132-149 des genfer Abkommens IV - SR 0.518.41 eine Akzeptanz als Rechtvorschrift.

Bundes- und Landesgesetze sind Gesetze, die an das Recht, Menschenwürde, Menschenrecht und Infolge an die Grundrechte und Grundfreiheiten des Mensch gebunden sind und von jedem Menschen akzeptiert werden müssen, auch wenn die Verletzung von Personen begangen worden ist, die in amtlicher Eigenschaft eines Staates oder Landes gehandelt haben (Art. 146 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, Art. 13 EMRK). Toleranz oder Duldung von Gesetzen gegen Grundrechte und Grundfreiheiten von Menschen ist der Anfang und das Ende vom Untergang des Menschen und der Menschheit.

- Art. 142, 143 genfer Abkommen III  
in Verbindung mit Art. 132, 140, 149 genfer Abkommen IV
- Art. 1, 144 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 (Restitution zur Amnestie)  
UN-RES 56/83 für Binnenflüchtlinge und Systemopfer

Viele Menschen akzeptieren und ersuchen Mich als Hochkommissar für Menschenrecht des IZMR, ZEB und des GdM sowie als Professor an der Institution Akademie Menschenrecht.

**Akademie Menschenrecht - Akademie Menschenrecht - Academy of Human Right  
nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15**  
**ultra vires in ordre public des ius gentium - Art. 24 (3), 25 GG**  
**gemäß Art. 19 (3) - fundamental Right "Grundrecht", Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR 1766/2015**

Viele Menschen ersuchen Mich als Hochkommissar für Menschenrecht des IZMR, ZEB und des GdM, als Recht schaffener Menschenrechtler

- Menschenrechtkommissar
- Menschenrechtverteidiger
- Menschenrechtbeistand

wegen der Akzeptanz und Anerkennung um Rechthilfe im Zivilschutz, denn nur der Mensch, der das Recht kennt und den Zivilschutz kann es auch zu Ende bringen.

**Ich trete im Bewußtsein Meiner Verantwortung vor dem Schöpfer und der Schöpfung (ius gentium) im zwingenden Völkerrecht der Genesis (im Recht der genfer Abkommen des bekennenden Volkes für Menschenrecht) im Kontrahierungzwang (ius cogens) in**

- keine Art von ungerechtfertigter Gewalt,
- keine Sorte von unrechtmäßigem Gesetz
- und nur ausschließlich und imperativ in die Kategorie Recht für Gerechtigkeit auf Erden in der Welt mit Eingang per Fax, Mail oder Brief mit Sofortwirkung als Schutzmacht der "Hohen Hand" in das genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 (genfer Abkommen I-IV sowie Zusatzprotokolle salvatorisch) bei.
- Ich bin weder politisch, gewerkschaftlich noch religiös organisiert. Ich glaube nur an den Schöpfer und an die Gerechtigkeit für die Schöpfung.



**anzuwendende Hinweise:**

UN-RES A/RES/217, UN-DOC. 217/A-(III)

UN-RES 56/83 Staatenverantwortlichkeit

Art.73 in Verbindung mit Art. 53, 107 UN-Charta – Verwaltung und Feindstaat

UN-RES 43/225

UN-DOC A/C.5/43/18

UN-RES A/66/462/Add.2

UN-A/RES/53/144

UN-A/RES/53/625/Add.

UN-DOC A/C.5/43/18 und UN/RES 66/164 in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta,

Art. 1, 142, 144 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 - EU-RES 2009-C303-06

genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 – Zivilschutz

in Verbindung mit Art. 146-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51

in Zuständigkeit des Völkerstrafrechtes

VStGB – Völkerstrafgesetz

UN-RES A-RES 66/164

Menschenrechtskommissare, Menschenrechtverteidiger, Menschenrechtbeistände

UN-DOC E/CN.4/2000/62 -

Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf  
Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung

UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 - Binnenflüchtlinge

Mein gerechter Wille im Recht ist im einfachen Vollzug vorrangig-zwingendes Gesetz.

Beweis: ECHR 75529/01

Recht schaffener Mediator  
**Mustafa-Selim SÜRMELI - Völkerrechttitelträger**  
 Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium  
 Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15

**Legitimation und Legalisation von 47 Mitgliedstaaten des Europarats**  
**Rechttitel ECHR 75529/01 - öffentliche Bekanntmachung in Art. 53, 59 EMRK**  
**Art. 19 (3), 24 (3), 25, 79 (3), 95, 137 GG mit umfassender Bevorrechtigung**

Im Bezug auf den völkerrechtlichen Rechttitel ECHR 75529/01 bedeutet diese Tatsache für die Bundesrepublik Deutschland und im Geltungsbereich der 47 Mitgliedstaaten des Europarat im festgestellten Zusammenhang des § 245 ZPO und § 15 GVG, daß im Überleitungsvertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen Mustafa-Selim SÜRMELI demnach nicht verpflichtet ist, vom Rechtsbehelf der Jurisfiktion eines Staates Gebrauch zu machen, um Recht durchzusetzen. Gemäß Art. 19 (3) Grundrecht besitzt der Mediator Mustafa-Selim SÜRMELI einfach unmittelbares Legislativrecht, denn es gilt Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetz (Art. 24 (3), 25, 95, 137 GG)!

öffentliche Bekanntmachung:  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Menschenrechtskonvention](https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Menschenrechtskonvention)  
 Auszug aus dem Wortlaut – ordre public ECHR 75529/01:

[...] so erinnert der Gerichtshof daran, daß die Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht nicht als wirksame Beschwerde im Sinne des Artikels 13 der Konvention angesehen werden kann und ein Beschwerdeführer demnach nicht verpflichtet ist, von diesem Rechtsbehelf Gebrauch zu machen, auch wenn die Sache noch anhängig ist (Sürmeli ./ Deutschl [GK], Nr. 75529/01, Rdnrn. 103-108, CEDH 2006-...) oder bereits abgeschlossen wurde (Herbst ./ Deutschland, Nr. 20027/02, 11. Januar 2007, Rdnrn. 65-66).“ – EGMR-Beschluß – 10/05/07: Rechtssache Skugor gegen Deutschland (Individualbeschwerde Nr. 76680/01)

#### **Hinweis: Art. 142, 149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 und UN A/RES/66/164**

Mustafa-Selim SÜRMELI ist Hochkommissar für Menschenrecht des IZMR und ZEB. Mustafa-Selim SÜRMELI ist gemäß wiener Abkommen diplomatisch akkreditiert, gemäß Regulierungsakt des haager Abkommen international apostilliert und gemäß genfer Abkommen für den Zivilschutz und für den völkerrechtlichen Gerichtshof im Wirkbereich des genfer Abkommen IV- SR 0.518.51 im Recht der Verträge – SR 0.111 als Vollstreckungsbeamter des Zivilschutz im Heiligen Auftrag gemäß Art. 73 UN-Charta tätig.

Mustafa-Selim SÜRMELI, -als Hochkommissar für Menschenrecht-, ist für binnenvertriebene Menschen, -Internally Displaced People / IDP-, Menschenrechtverletzungopfer und Flüchtlinge im Zivilschutz für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression durch bewaffnete Konflikte, behördliche Streit- und Feindhandlungen gegen den Zivilschutz, Regierungskriminalität, Gewalt gegen Personen, Menschenrechtsverletzungen und von Staaten oder Regimen verursachte Naturkatastrophen salvatorisch für die Prävention zuständig.

**Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918**  
**Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961**

**diplomatische und internationale Urkunden mit absoluter Beweiskraft:**

Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014  
 Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014  
 Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013

**Hinweis - Erreichbarkeit:**

**IZMR - ICHR:**  
Bielfeldtweg 26 [DE-21682] STADE

**Zentrale Schweiz:**  
 Gerichthof der Menschen (GdM), Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casaï  
 [CH-1209] GENEVA

**Headquarters USA:**  
 Court of the Human Beings (CHB), Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor  
 [USA/WA- 20001] WASHINGTON D.C.

Erreichbarkeit:

**Der Mediator Mustafa-Selim SÜRMELI ist beim IZMR und ZEB in Stade zu erreichen.**  
**Telefon, Büro: 0049- 4141-8609141 Fax, Büro: 0049-4141-8609143**

Vorgangssprache:

- deutsch (Muttersprache türkisch)

Akademie:

- Akademie Menschenrecht – ultra vires im ius gentium

Immunität:

- bevorrechtigte und unabhängige Immunität

Direktor:

- Gerichtshof der Menschen in Genf
- Court of the Human Beings in Washington D.C.

Berufung:

- Zivilschutz
- Leiter des Hochkommissariats für Menschenrecht des IZMR und ZEB
- Art. 1, 142-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51
- Legislativrecht – öffentliche Bekanntmachung ECHR 75529/0
- Notar -ordre public- des IZMR, ZEB und GdM / CHB

Erfahrung:

- Natur-, Völker- und Verfassungrecht sowie Spezialgebiet Menschen- und Obligationsrecht
- 35 Jahre Erfahrung - Professor an der Akademie Menschenrecht
- Entschädigungsrecht bei positiver Vertragschuldverletzung
- Völkerrechttitelträger und umfassende Grundrechtberechtigung
- Professur im öffentlichen Recht – ordre public
- Verfassungrecht
- Zivilschutz im Individualrecht, Handels- und Privatvertrag
- Zivil-, Verwaltungs- und Sozialrecht
- Völkerstrafrecht und Strafrecht
- Organisation: Gesellschafts-, Verein- und Körperschaftsschutzrecht

Novellierung:

- Quelle für viele Gesetzesänderungen in
  - Entschädigungsrecht (1993 OEG)
  - Gerichtsverfassungsgesetz
  - Bundesverfassungsgerichtsgesetz
  - Bundesnotarordnung
  - Bundesrechtsanwaltsordnung
  - Zivilprozeßordnung
  - Arbeitsgerichtsgesetz
  - Sozialgerichtsgesetz
  - Verwaltungsgerichtsordnung
  - Finanzgerichtsordnung
  - Gerichtskostengesetz
  - Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
  - EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetz
  - Patentgesetz
  - Gebrauchsmustergesetz
  - Markengesetz
  - Patentanwaltsordnung
  - Halbleiterschutzgesetz
  - Geschmacksmustergesetz
  - Wehrbeschwerdeordnung
  - Wehrdisziplinarordnung
  - Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen
  - Energiewirtschaftsgesetz
- Änderungen im Prozeßrecht
  - Ausschluß der Justiz bei Regreß
  - Wiederaufnahme von Prozessen
  - Restitution und Amnestie
  - Normenkontrolle

Gesellschaftsrecht:

- Stiftungsrat / Kuratorium - *Board of Trustee* des Netzwerk Menschenrecht
- Aufsichtsrat des IZMR und ZEB und Derivatororganisationen

## Kommission:

- Leiter der ad-hoc Kommission für die Wirksamkeit der Behörden im Aufgabenbereich des öffentlichen Recht – ordre public –
  
- Referendum, Veto und verfassungsrechtliche Prüfung von Gesetzen
- Wahlprüfung und Wahlkontrolle
- Staats-Haftung von politischen Fehlern durch die Politik(er)
- Regreß gegen Politiker und Parteien bei Wahlbetrug
- Sittlichkeitsprüfung von Politikern und Ministern
- Diätenfestlegung von Parlamentariern
- Richterberufung, Richter- und Gerichtskontrolle
- Standesaufsicht der Rechtspflege (Rechtsanwalt und Rechtspfleger)
- Prüfung von Dienst- und Disziplinarverfahren von Beamten
- Prüfung von Befangenheitsanträgen gegen Richter
- Prüfung von Rechtsmißbrauch und Rechtsbeugung
- Strafverfolgung im Amt (§§ 92, 258a, 331-358 StGB)
- Prüfung zur Verfolgung von Straftaten im Amt als Hochverrat
- Strafverfolgung von Hochverrat
- Einführung und Pflege von öffentlichen Datenbanken über Personen im Amt
- Wiederaufnahmeverfahren und Prüfung von Urteilen
- Gewährung von Prozeßkostenhilfe
- Entschädigungsrecht
- Zentrale OEG-Stelle für Straftaten im Amt
- Prüfung bei Diffamierung
- Unterlassungs- und Vollstreckungsverfahren im Zivilrecht
- Prüfung von Gesetzen (Menschenrechtskontrolle bei Wählervorbehalt AuslR)
- Prüfung überlange Verfahrensdauer
- Prüfung in Betreuungssachen
- Prüfung bei Kindesentziehung
- Prüfung bei Psychiatrisierung
- Prüfung und Umsetzung von EU-Richtlinien
- Genehmigung und Kontrolle der Gemeinnützigkeit
- Statistik über die geleistete Tätigkeit von Behörden und Straftaten im Amt

**Die ad-hoc Kommission für die Wirksamkeit der Behörden arbeitet dynamisch im Einzelfall im Sinne einer Unterlassungskommission für Menschrecht (alternativ) §§ 307, 179 BGB für den effektiven Rechtschutz in der Rechtsgewährungspflicht und Rechtwegegarantie als oberstes Bundesgericht und wird vom Bürger direkt angerufen. Deswegen kann keine Inzuchtdepression des Systems auftreten, weil die Kommission Recht schaffend durch Art. 1, 24 (3), 25, 20 (1, 4), 79 (3), 95, 137 GG in Art. 1-2 ÜLV genannt und vorrangig im Zivilschutz (Art. 1, 142-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 salvatorisch legitimiert ist.**

## Völkerrecht:

- Legislativvollzugsbeamter des genfer Abkommen IV - SR 0.518-51

öffentliches Recht:

- Art. 39-40 UMR-Verfassung im Recht der Verträge – SR 0.111

**Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918  
Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961**

**diplomatische und internationale Urkunden mit absoluter Beweiskraft:**

Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014  
 Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014  
 Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013

- Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu begründen, zu registrieren und zu legalisieren,
- Übereinkommen mit Staaten und Völkerrechtssubjekten zu schließen, zu proklamieren und vor Staatsgerichten aufzutreten,
- Menschenrechtverletzungen festzustellen, zu ahnden und als Rat Beschlüsse zu erstellen und zu fassen, die eine Sanktionierung der Menschenrechtverletzer zulassen,
- als Schiedsgericht und politisch unabhängiges Judikativorgan Recht zu sprechen,
- Beamte zu ernennen,
- als Treuhänder aufzutreten,
- diplomatischen Status und Immunität zu verleihen,
- internationale und nationale Verträge, die universelle Rechtkraft besitzen, abzuschließen,
- bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen, insbesondere das Recht in besetzten Gebieten Grund und Boden neu zuzuordnen und den in Kriegsgebieten lebenden Menschen neu zu übereignen und
- auf Anruf einer Gesellschaft oder Gemeinschaft, die das Begehr eines eigenen Staates im Sinne des universalen Menschenrecht vorträgt, zu beraten, zu unterstützen und völkerrechtlich zu legitimieren.

Das universelle Menschenrecht [UMR] genießt auf dem Gebiete der Zugehörigen und/oder Mitglieder die Vorrechte und Immunitäten, die zur Verwirklichung seiner Ziele notwendig sind.

Die Delegierten auf der Konferenz, die Mitglieder des Verwaltungschutzrates, sowie der Gründungsrat und die Beamten des originären und prärogativen Amt genießen ebenfalls die Vorrechte und Immunitäten, derer Sie bedürfen, um in voller Unabhängigkeit Ihre in Verbindung mit der Organisation stehenden Aufgaben in der natürlichen Garantenpflicht erfüllen zu können.

Die Vermögenswerte der Gründungsorganisationen, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität vor Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder anderen Form der Beeinträchtigung oder Wegnahme, sei es durch Regierungs- oder durch gesetzgebende Maßnahmen. Die Archive der Gründungsorganisationen, gleich wo sie sich befinden, sind unverletzlich, unveräußerlich, nicht verhandelbar und nicht justizierbar. Dies gilt ebenso für elektronische Archive, Computerfestplatten oder sonstige im Rahmen elektronischer Datenverarbeitung erzeugten oder gespeicherten Daten.

- Gebäude und Gebäudeteile und das anliegende Gelände, die, wer immer ihr Eigentümer oder Besitzer ist, für die Zwecke des UMR benutzt werden,
- und Archive und ganz allgemein alle Dokumente sowie Datenträger, die dem UMR gehören oder sich in seinem Besitz befinden,

sind unverletzlich, unveräußerlich, nicht verhandelbar und nicht justizierbar.

Den Derivatororganisationen aus den Gründung-Organisationen, sowie entsprechend ernannte Bedienstete sowie deren Familienangehörige, wird neben der Immunität im dienstlichen Bereich auch die Immunität im privaten Bereich für die Dauer ihres Amt volle diplomatische Immunität zuerkannt.



**Convention (IV) relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War**  
**systematic collection of laws (SR)**

**Geneva Agreement IV - SR 0.518.51  
 in the law of contracts - SR 0.111**

**Article 1.**

The High Contracting Parties undertake to respect and to ensure respect for the present Convention in all circumstances

**Art. 152.**

The present Convention shall be ratified as soon as possible and the ratifications shall be deposited at Berne.

A record shall be drawn up of the deposit of each instrument of ratification and certified copies of this record shall be transmitted by the Swiss Federal Council to all the Powers in whose name the Convention has been signed, or whose accession has been notified.

**Art. 153.**

The present Convention shall come into force six months after not less than two instruments of ratification have been deposited.

Thereafter, it shall come into force for each High Contracting Party six months after the deposit of the instrument of ratification.

**Art. 154.**

In the relations between the Powers who are bound by the Hague Conventions respecting the Laws and Customs of War on Land, whether that of 29 July 1899, or that of 18 October 1907, and who are parties to the present Convention, this last Convention shall be supplementary to Sections II and III of the Regulations annexed to the above-mentioned Conventions of The Hague.

Art. 155.

From the date of its coming into force, it shall be open to any Power in whose name the present Convention has not been signed, to accede to this Convention.

Art. 156.

Accessions shall be notified in writing to the Swiss Federal Council, and shall take effect six months after the date on which they are received.

The Swiss Federal Council shall communicate the accessions to all the Powers in whose name the Convention has been signed, or whose accession has been notified.

Art. 157.

The situations provided for in Articles 2 and 3 shall effective immediate effect to ratifications deposited and accessions notified by the Parties to the conflict before or after the beginning of hostilities or occupation. The Swiss Federal Council shall communicate by the quickest method any ratifications or accessions received from Parties to the conflict.

Art. 158.

Each of the High Contracting Parties shall be at liberty to denounce the present Convention. The denunciation shall be notified in writing to the Swiss Federal Council, which shall transmit it to the Governments of all the High Contracting Parties.

The denunciation shall take effect one year after the notification thereof has been made to the Swiss Federal Council. However, a denunciation of which notification has been made at a time when the denouncing Power is involved in a conflict shall not take effect until peace has been concluded, and until after operations connected with the release, repatriation and re-establishment of the persons protected by the present Convention have been terminated.

The denunciation shall have effect only in respect of the denouncing Power. It shall in no way impair the obligations which the Parties to the conflict shall remain bound to fulfil by virtue of the principles of the law of nations, as they result from the usages established among civilized peoples, from the laws of humanity and the dictates of the public conscience.

Art. 159.

The Swiss Federal Council shall register the present Convention with the Secretariat of the United Nations. The Swiss Federal Council shall also inform the Secretariat of the United Nations of all ratifications, accessions and denunciations received by it with respect to the present Convention.

**Prof. Mustafa-Selim SÜRMELI**  
**ultra vires in ordre public of the ius gentium for the ius cogens**  
c / o Akademie Menschenrecht, Bielfeldtweg 26, [DE-21682] STADE

**Federal Council of the Swiss Confederation**  
**Bundesgasse 1 - protocol**

[CH-3003] BERN

**Tel.: 0049-4141-8609142**  
**Fax.: 0049-4141-8609143**

**Declaration of intent: righteousness and law enforcement - ECHR 75520/01**  
**Ratification of the Geneva agreements I-IV and additional protocols**

**The mandatory declaration of intent is addressed to the State**  
**Federal Council of the Swiss Confederation for Civil Protection as a Protective Power!**

I am Mustafa-Selim SÜRMELI and in 47 member states of the Council of Europe through the public declaration and announcement according to Art. 6 in the law of the contracts in ECHR 75529/01 "ordre public" legitimized legally legislative as a right-creating person in the law of the contracts and subject to citation (Art 19 (3) Fundamental Rights). With my extensive knowledge as a professor at the Academy of Human Rights as a human rights defender for civil protection with almost 40 years of experience as a protective power, I am of course called and can legislate (Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83, Art. 1 (3) OCT).

**Legitimation and legalization of 47 member states of the Council of Europe**  
**Legal title ECHR 75529/01 - public notice in Art. 53, 59 ECHR**

In relation to the international legal title ECHR 75529/01, this fact means for the Federal Republic of Germany and in the area of application of the 47 member states of the Council of Europe in the established context of § 245 ZPO and § 15 GVG that in the reconciliation contract to regulate questions arising from war and occupation questions Mustafa- Selim SÜRMELI is therefore not obliged to make use of the legal remedy of a state in order to enforce law. According to Art. 19 (3) fundamental right, as a mediator Mustafa-Selim SÜRMELI I simply have direct legislative right, because international law is mandatory before federal and state laws (Art. 24 (3), 25, 95, 137 GG)!

**Public notice: extract from the wording - ordre public ECHR 75529/01:**  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Menschenrechtskonvention](https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Menschenrechtskonvention)

[...] The Court reminds that the constitutional complaint before the Federal Constitutional Court cannot be regarded as an effective complaint within the meaning of Article 13 of the Convention and that an applicant is not obliged to make use of this remedy, even if the matter is still pending is (Sürmeli ./ Germany [GK], No. 75529/01, paragraphs 103-108, CEDH 2006...) or has already been completed (Autumn ./ Germany, No. 20027/02, January 11, 2007, 65-66). "- ECHR decision - 10/05/07: Skugor v. Germany case (individual complaint No. 76680/01).

Note: Art. 142, 149 Geneva Convention IV - SR 0.518.51 and UN A / RES / 66/164

**Facts that are obvious and obvious need no proof.**

Through the mandatory contract in Art. 6 in the law of the treaties - SR 0.111, the existence of the protective power is an essential part of mandatory international law in the complex Geneva Agreement, because otherwise all constitutions of the states are unconstitutional. In the priority constitutional order, the states presuppose fundamental rights and freedoms for the inviolable and inalienable human right and the untouchable human being. Mandatory international law is federal law and simply precedes the national, national federal and state laws. Unlike federal and state laws, mandatory international law cannot be challenged with the constitutional complaint, because the court of justice is responsible for this as a protective power in the law of contracts.

I am a victim of human rights violations in ECHR 75529/01 of 47 member states of the Council of Europe that have been established under international law and have been made public. I know what human rights are, and only the person who lives in and applies human rights can make human rights in civil protection and effectively end human rights violations in Art. 149 Geneva Convention IV - SR 0.518.51 in the law of treaties as a protective power.

Switzerland ratified the ECHR on 28.11.1974 and ECHR 75529/01 also applies to Switzerland in connection with the civil protection agreement. Upon receipt of my public declaration I ratify the Swiss Federal Council (Art. 145, 152, 155, Geneva Convention IV - SR 0.518.51 in advance by fax, e-mail or letter as emergency) with immediate effect as a "protective power", "High hand "with the civil protection organizations to the Geneva Agreement IV - SR 0.518.51 with public ratification. It is certain that my public will in the law of the contracts of the Geneva Agreement should be ratified as soon as possible. The instruments of ratification are to be deposited in Bern in accordance with the contract.

The ratification is primarily in the Vienna Agreement in Art. 11-18 Law of the Treaties - SR 0.111 not explicitly and absolutely necessary for civil protection, because the mandatory international law contract foresees the entry in the placeholder since August 12, 1948, but indefinitely, because there are no limitation periods in international criminal law.

In future, all states will accept the protective power by ratifying the Geneva Conventions I-IV by entering into the treaty, because the protective power is an essential part of mandatory international law! The protective power acts as an emergency with immediate effect in accordance with Art. 154, 157 in conjunction with Art. 132 - 149 of the Geneva Convention IV - SR 0.518.51 and extends from the start in accordance with international criminal law in the duty to protect, so that the mandatory Contracts do not become null and void, because there is no statute of limitations and no reduction in punishment in international criminal law (12.08.1949 - Art. 146-147 Geneva Convention IV - SR 0.518.51 in conjunction with Art. 95 UN Charter, Art. 149 Geneva Convention IV - SR 0.518.41).

**Rubrum, choice, jurisdiction and criminal liability:**  
 Obligation and legal provision of the mandatory contract

- Art. 1, 52 Geneva Agreement I - SR 0.518.12
- Art. 1, 53 Geneva Convention II - SR 0.518.23
- Art. 1, 11, 104, 132 Geneva Convention III - SR 0.518.42
- Art. 1, 12, 149 Geneva Convention IV - SR 0.518.51

A protocol should be recorded for the deposit of each instrument of ratification. A certified copy of this is to be sent by the Swiss Federal Council to all powers in whose name the agreement has been signed or membership has been declared.

**Mandatory contracts must be complied with and enforced in all circumstances.** Violations of compulsory international humanitarian law in civil protection must be reported and reported and must be stopped immediately if there is a positive breach of contract. According to Art. 95 UN Charter, Art. 95 GG, the GdM (Supreme Federal Court) is the protective power in civil defense.

**Legal regulations:**

Art. 24 (3), 25 GG, Art. 95 UN Charter Art. 1, 142-149 Geneva Convention IV - SR 0.518.51  
 UN-RES 45/120, UN-RES 53/144 and / or EU-RES 2009 / C-303/06:

- Art. 47 Geneva Agreement I - SR 0.518.12
- Art. 48 Geneva Agreement II - SR 0.518.23
- Art. 127 Geneva Convention III - SR 0.518.42
- Art. 144 Geneva Agreement IV - SR 0.518.51

**Everyone must know and apply international law by constitutional rank!**

**Civil protection:**

- The civil protection agreement must be complied with and enforced in all circumstances.  
 The high contracting parties undertake to disseminate the text of the present agreement as far as possible in their countries in times of peace and war, and in particular to include their studies in the military and, if possible, civilian training programs so that the general public can get to know its principles.
- The civil, military, police or other authorities that assume responsibility for protected persons in times of war must have the wording of the agreement and be specifically informed of its provisions.

## **WILL PROTECTION:**

As a protective power with the Human Rights Network (IZMR, ZEB, GdM, OM, ZMA and derivative organizations), I **unconditionally and directly represent the Geneva Conventions I-IV in the awareness of my responsibility for the good of mankind and mankind in the association of creators and the mandatory international law for justice at.** The public ratification document is apostillated in accordance with the Hague Agreement, - in accordance with the regulatory act in Art. 152-159 Geneva Agreement IV - SR 0.518.51 in the final provisions and sent twice to the Federal Council for forwarding to the United Nations for registration.

### **Justification of the protective power in civil protection:**

I usually attribute all unfinished and existing human rights violations to the total revision of the federal constitution of the states, since restitution to the amnesty is still not practiced because the Geneva Convention IV - SR 0.518.51 is not observed and enforced in the states and countries becomes.

- The states or federal states cannot provide civil protection, but are subject to civil protection as a protective power (BVerfGE).
- Only those who know can complete the task of civil protection.
- Legal protection organizations get their legal capacity from the legal entities they create. The protective power can only be those who are in international law in the transfer agreement and are allowed to make legal regulations. According to the legal title ECHR 75529/91, I (Mustafa-Selim SÜRMELI) in the reconciliation contract to settle questions arising from war and occupation (Art. 142-143 Geneva Convention III - SR 0.518.42, **civilians as unarmed prisoners of war**) are therefore not bound by the legal remedy to make use of the law of a state in accordance with **Article 154** of Geneva Convention IV - SR 0.518.51 to enforce law. "... The relations between powers, which are bound by the Hague Agreement on the Laws and Customs of Land War, are those of July 29, 1899 or that of October 18, 1907, and those participating in the present agreement, supplement this Sections II and III of the Regulations annexed to the aforementioned Hague Agreement ...".
- Judicial decisions by the state jurisdiction are not legal provisions.
- I have to quote. According to Art. 19 (3) fundamental right, as a mediator Mustafa-Selim SÜRMELI I simply have direct legislative right from ECHR 75529/01, because international law applies before federal and state law (Art. 24 (3), 25, 95, 137 GG) to apply! My legal person is essentially entitled to fundamental rights and authorized to do so.
- Civil protection in the intangible area of responsibility in Art. 147 Geneva Convention IV - SR 0.518.51 differs from material civil supply, civil rescue or civil guard!

I complain about the constant violation of the mandatory civil protection agreement in constitutions, since the constitutions of states and countries are only valid if the protective power is available. The entry into force of constitutions in states and countries absolutely presupposes the protective power in the overriding mandatory international law for human development in a constitutional state. There is no constitutional state without civil protection.

**Example:**

- \* Art. 25 Basic Law for the Federal Republic of Germany
- \* Art. 193 (4) in conjunction with Art. 5, 190 SR 0.101 Federal Constitution of Switzerland
- \* Art. 90 Turkish constitution
- \* Art. 92 - 95 Constitution of the Kingdom of the Netherlands .....

**State in legal arrest:**

More and more people are victims of arbitrary authority (IDPs) by governmental crime of officials in the authorities and governments with no prospect of clarification or omission of the crime in the system state. As a rule, people's problems only arise from the officials in the authorities and governments themselves if the mandate (Art. 73 UN Charter) is used incorrectly, deficiently or improperly in public law and civil protection is not applied (Art. 146 , 147 Geneva Convention IV - SR 0.518.51, Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83 - violation of state responsibility as a crime in mandatory international law).

According to current estimates, around 6 million people are waiting for compensation for human rights violations in the Federal Republic of Germany alone, as prevention and restitution as domestic terror triggers "governmental crime" against mandatory international law and is not prosecuted.

In a chain reaction, the fundamental rights and freedoms of human beings are violated, and the human rights violation ensues inhumane. The impoverishment of internally displaced people through systematic suspension (prototype of the Reich Citizens) is followed by the impoverishment of people as a result of public deprivation of rights, because effective complaint processing does not work at all to solve the problem, as in mandatory international law in Art. 142-149 of the Geneva Convention IV - SR 0.518 .51 is required in the law of contracts under all circumstances.

That is why international law is simply to be applied categorically before federal and state laws. In order to apply international law, everyone must know and apply civil protection, adhere to it under all circumstances and enforce compliance, because stupidity cannot be organized effectively because

**Stupidity is the state that the mind has not touched.**

According to international law, nobody (nobody) can rely on ignorance in the case of criminal proceedings, because nobody can exempt neither themselves nor another contracting party from the responsibilities that they or another contracting party have due to the violations of the law (Art. 1- 3, 70, 142-149, 157 Geneva Convention IV-SR 0.518.51).

A human rights violation cannot be taught by anyone and is not contestable because a human rights violation is a fact and must be ended ad hoc. The cause of the total revision of the national constitution is the deliberate non-implementation of civil protection against the law of contracts, -pacta sunt servanda-, in the mandatory international law of the *ius cogens* (obligation to contract).

**Civil protection is historically and in the future the right of the released person:  
ius gentium**

Human rights violations as serious violations of compulsory international humanitarian law cannot be punished and ended worldwide, since international obligations, prevention and protective measures are not observed and carried out in order to prevent, solve and punish serious violations of human dignity and human rights . Without civil protection as a protective power, people and mankind cannot develop overpositively and not positively in knowledge.

Resistance must therefore immediately become a duty for every civilian, if he or she does not want to be held responsible for any current or future war crimes, because war is a private matter in mandatory international law. The punishment of violators of human rights is necessary, because without consequence there is no knowledge in the conscience. A law, a legal norm of a state is not to be applied in public policy if its application leads to a result that is obvious with essential principles of German law (human right - Art. 1 fundamental right), in particular the application with fundamental rights and freedoms. , is incompatible (Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83).

In the event of a violation of mandatory international law, a state or organization with non-contractual obligations must not rely on national law to justify the non-fulfillment of its obligations under this section (Art. 6 EGBGB, Art. 3, 32, 34 -38, 56 UN-RES 56/83).

The authority is regulated by constitutional law. The state's own authority is lacking if superordinate law immediately takes the place of state power and the administrative route is due to the lack of jurisdiction within the country, as in Article 95 of the UN Charter in conjunction with Article 149 of the Geneva Convention IV - SR 0.518.51 in public law, Art. 6 EGBGB and Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83, is excluded.

The states are prevented by the transfer agreement in civil protection by Article 95 of the UN Charter even more incidental to declare the legal provisions in mandatory international law to be illegal, since the states diplomatically declare the agreement by means of a legally binding declaration of an international contract concluded by signature by the contracting parties have confirmed obligatory. If several states are responsible for the same act contrary to international law, the responsibility of each state can be asserted with regard to this act.

It should be noted that constitutional disputes with people are not allowed. According to fundamental law (hard law), employees have no freedom of expression, expression, or expression in public law in speech, writing and images. This means that only non-constitutional acts are permitted in the administration (alternatively Art. 17a fundamental right, § 40 VwGO).

### **Facts that are obvious and obvious need no proof.**

In law, the severability clause (lat. Salvatorius "preserving", "receiving") refers to the provision ("clause") of a contract, which can have legal consequences if individual elements of the contract protection should prove to be ineffective or unenforceable or it turns out that the Contract does not regulate issues that should have been regulated (Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83).

### **imperative for accession and ratification:**

Since civil protection as a protective power in the execution of the area of responsibility pursuant to Art. 146-149 of the Geneva Convention IV - SR 0.518.51 has been unknown and missing since August 12, 2020, I am acting as a legal person in order to ensure that the tasks are fulfilled on all sides Knowledge, ge-knowledge and knowledge in experiences as human rights defenders, human rights defenders, human rights advocates and victims of human rights all mandatory contracts as a protective power in need, emergency and self-help (Art. 39-40 UMR constitution as part of the mandatory contract) with civil protection as a protective power .

Through and because of Me, many laws have been changed in the states, but there is still no uniform justice for people in the member states, because the civil protection by the protective power is missing.

The protective power is in the mandatory international law of the **ius cogens** in the obligation to contract

- Geneva Agreement I - SR 0.518.12 - 3 times
- Geneva Agreement II - SR 0.518.23 - 3 times
- Geneva Agreement III - SR 0.518.42 - 42 times
- Geneva Agreement IV - SR 0.518.51 - 43 times

named and provided. In Article 1 of the Geneva Convention IV, mandatory international law must be complied with and enforced under all circumstances. I was born on earth in Turkey, I live on the earth of the Federal Republic of Germany (at the center of the world of the fine state) and I defend the right to earth under the Swiss federal constitution.

In Art. 90 of the Turkish Constitution and Art. 25 of the Basic Law for the Federal Republic of Germany, international law is mandatory as federal law before federal and state laws and cannot be complained or discussed as a simple right by the national constitutional court like domestic laws.

For this reason, the Swiss constitution is also constitutionally dependent on international law as federal law before federal and state laws. The Swiss federal constitution demands and presupposes that the mandatory provisions of international law must not be violated. If the mandatory international law is disregarded, the public order (principle of subsidiarity) is violated! Only with civil protection will the Swiss federal constitution and all other treaties of the states be valid and only then actually put into effect for the future (currently a total revision).

**Legal regulation (mandatory):**

**Art. 193 (4) in conjunction with Art. 5, 188-190 Federal Constitution of Switzerland - SR 0.101**

According to the Geneva Convention IV - SR 0.518.51, Switzerland is obliged to comply with civil protection by constitutional rank and to enforce it. The key point of civil protection is that mandatory international law must be applied to federal and state laws in public order in all states. Education and training in international humanitarian law is necessary and necessary to ensure compliance with its norms in times of peace and times of armed conflict. This applies to the entire population, although special attention must be paid to relevant groups of staff in the authorities.

As a result, there is a complete revision of the mandatory contracts and the Federal Constitution, which trigger serious conflicts in mandatory international law as a "never-end", because all serious worldwide crimes can be traced back to this source. The implementation of the Geneva agreements within the scope of Art. 132-149 of the Geneva Agreement IV - SR 0.518.51 is mandatory in international law.

If the necessary and necessary education and training has not taken place in the states, international law cannot be applied in public law before federal and state laws (total revision).

The mandatory rules of international law are an integral part of federal law, they take precedence over the laws and generate rights and obligations directly for the residents of the federal territory.

Without civil protection and education in mandatory international law

- Art. 47 Geneva Agreement I - SR 0.518.12
- Art. 48 Geneva Agreement II - SR 0.518.23
- Art. 127 Geneva Convention III - SR 0.518.42
- Art. 144 Geneva Agreement IV - SR 0.518.51

neither can people in the federal territory protect fundamental rights and freedoms nor directly or effectively take up the obligation to resist without fear of aggression.

This explains the breach of contract against mandatory international law, because stupidity cannot be organized effectively.

International law is systematically solution-oriented and must be applied ad-hoc to end the problem in a state or country. Private contract laws (war is a private matter - Geneva agreements I-III) are never-ending for the victims.

Quote:        "... what is useful for the corporation is done  
                   ... I am not responsible or  
                   ... what am I interested in my chatter from yesterday ... ".

The European Court of Human Rights is a preliminary ruling and not a final court and does not end the human rights violation immediately. The European Court of Human Rights is not an international court because international law knows only the compulsory tribunal. In the case of international law, the statement must not refer to the national jurisdiction for a readmission, since according to Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83 the violation of human rights and the consequences of the obligatory excuse under international law must be determined. The human rights violation is an administrative nullity and void administrative acts mean that the administrative act is void from the start. Resumption and restitution within the jurisdiction is not permitted.

A resumption (Art. 149 Geneva Agreement IV - SR 0.518.51) or a restitution in the jurisdiction (Art. 3, 32, 56 UN-RES) is inadmissible, immoral, void and contrary to law, constitution and international law.

International law is a category of law, federal law and consequently an imperative acceptance.

### **ATTENTION:**

While the Geneva Agreements I-III in the state of war are privately accepted by the states and countries through accession, the protective power in enforcement in Art. 132-149 of the Geneva Agreement IV - SR 0.518.41 is an acceptance as a legal regulation.

Federal and state laws are laws that are bound by the right, human dignity, human right and, as a result, to the fundamental rights and freedoms of man and must be accepted by every person, even if the violation has been committed by persons in the official capacity of a state or acted in the country (Art. 146 Geneva Agreement IV - SR 0.518.51, Art. 13 ECHR). Tolerance or toleration of laws against fundamental rights and freedoms of humans is the beginning and the end of the downfall of humans and mankind.

- Art. 142, 143 Geneva Convention III  
                   in conjunction with Art. 132, 140, 149 Geneva Convention IV
- Art. 1, 144 Geneva Convention IV - SR 0.518.51 (restitution to amnesty)  
                   UN-RES 56/83 for internally displaced persons and system victims

Many people accept and request Me as High Commissioner for Human Rights at the IZMR, ZEB and GdM as well as a professor at the Human Rights Academy.

**Akademie Menschenrecht - Academy of Human Right**  
**nds. (Academy of Human right-Lower Saxony) Ministry of Science and Culture - 24-71109 / 2 -**  
4/15  
**ultra vires in ordre public des ius gentium - Art. 24 (3), 25 GG**  
**according to Art. 19 (3) - fundamental right "basic right", Art. 1-2 ÜLV, BVerfGE 1 BvR**  
**1766/2015**

Many people request Me as High Commissioner for Human Rights of the IZMR, ZEB and GdM, as a human rights activist who creates rights

- Human Rights Commissioner
- Human rights defenders
- Human rights advocate

because of the acceptance and recognition for legal aid in civil protection, because only the person who knows the law and civil protection can bring it to an end.

**I am conscious of my responsibility to the Creator and Creation (ius gentium) in the mandatory international law of Genesis (in the law of the Geneva Convention of the Confessing People for Human Rights) in the obligation to contract (ius cogens)in**

no kind of unjustified violence,  
no sort of unlawful law

and only exclusively and imperatively in the category right for justice on earth in the world with receipt by fax, mail or letter with immediate effect as protective power of the "high hand" in the Geneva Agreement IV - SR 0.518.51 (Geneva Agreement I-IV as well Additional protocols severability).

I am not politically, unionized or religiously organized. I only believe in the Creator and in justice for creation.



**Notes to be used:**

UN-RES A / RES / 217, UN-DOC. 217 / A- (III)

UN-RES 56/83 State responsibility

Art.73 in connection with Art. 53, 107 UN Charter - administration and hostile state

UN-RES 43/225

UN-DOC A/C.5/43/18

UN-RES A/66/462/Add.2

UN-A/RES/53/144

UN-A/RES/53/625/Add. ,

UN-DOC A/C.5/43/18 und UN/RES 66/164 in conjunction with Art. 95 UN Charter,

Art. 1, 142, 144 Geneva Agreement IV - SR 0.518.51 - EU-RES 2009-C303-06

Geneva Convention IV - SR 0.518.51 - civil protection

in conjunction with Art. 146-149 Geneva Agreement IV - SR 0.518.51

under the jurisdiction of international criminal law

VStGB - International Criminal Law

UN-RES A-RES 66/164

Human rights commissioners, human rights defenders, human rights advocates

UN-DOC E / CN.4 / 2000/62 -

Right of victims of serious violations of human rights and fundamental freedoms to  
restitution, compensation and rehabilitation

UN-RES A-RES 66/165 and E / CN.4 / 1998/53 / Add.2 – IDPs - Internally displaced people

My righteous will in the law is, in the simple implementation, a mandatory law.

Proof: ECHR 75529/01

Lawful Mediator  
**Mustafa-Selim SÜRMELI - International law title holder**  
 Prof. ultra vires in public order of the ius gentium  
 Academy Human Rights - nds. Ministry of Science and Culture - 24-71109 / 2 - 4/15

Legitimation and legalization of 47 member states of the Council of Europe  
 Title ECHR 75529/01 - public notice in Art. 53, 59 ECHR  
 Art. 19 (3), 24 (3), 25, 79 (3), 95, 137 GG with full preferential treatment

With regard to the international legal title ECHR 75529/01, this fact means for the Federal Republic of Germany and within the scope of the 47 member states of the Council of Europe in the established context of § 245 ZPO and § 15 GVG that in the transfer agreement to the regulation of war and occupation arisen questions Mustafa Selim SÜRMELI is therefore not obliged to use the legal remedy of the jurisdiction of a state to enforce the law. According to Art. 19 (3) Basic Law, the mediator Mustafa-Selim SÜRMELI simply has direct legislative rights, because international law is subject to federal and state law (Art. 24 (3), 25, 95, 137 GG)!

public notice:  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Menschenrechtskonvention](https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Menschenrechtskonvention)  
 Extract from the text - ordre public ECHR 75529/01:

[...] the Court recalled that the constitutional complaint before the Federal Constitutional Court can not be regarded as an effective complaint within the meaning of Article 13 of the Convention and a complainant is accordingly not obliged to make use of this remedy, even if the case is still pending (Sürmeli v. Germany [GK], No. 75529/01, No. 103-108, CEDH 2006- ...) or has already been completed (Herbst ./ Germany, No. 20027/02, 11 January 2007, paragraphs 65-66). "- ECtHR Decision - 10/05/07: Skugor v. Germany (no. 76680/01)

Note: Art. 142, 149 Geneva Agreement IV - SR 0.518.51 and UN A / RES / 66/164

Mustafa-Selim SÜRMELI is High Commissioner for Human Rights of the IZMR and ZEB. Mustafa-Selim SÜRMELI is diplomatically accredited under the terms of the Agreement, aposted in accordance with the regulation of the Hague Convention and governed by Geneva Convention for Civil Defense and the International Court of Justice within the scope of Geneva Convention IV-SR 0.518.51 in the Law of Treaties - SR 0.111 as Enforcement Officer of civil protection on behalf of the Holy See pursuant to Article 73 of the UN Charter.

Mustafa-Selim SURMELI, as High Commissioner for Human Rights, is for internally displaced persons, internally displaced people / IDP, human rights victims and civil protection refugees for genocide, crimes against humanity, war crimes and crimes of aggression by armed conflict, official disputes and hostilities against civil defense, government crime, violence against persons, human rights violations and natural disasters caused by states or regimes.

**Federal Republic - Basics StGBI. No. 139/1918 of 19.12.1918**  
**Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18 / 24.04.1961**  
 diplomatic and international documents with absolute probative value:

National Notary Johst MATTHIES, Tostedt, Deed 113/2009 IZMR, District Court STADE, Apostille 9191 a 85 - 15/2014  
 National Notary Johst MATTHIES, Tostedt, Deed 114/2009 - ZEB, District Court STADE, Apostille 9191 a 85 - 16/2014  
 National Notary Ralf GROSSER, Tostedt, Deed 139/2013 - GdM, District Court STADE, Apostille 9191 a 84 - 9/2013

**Note - Availability:**

**IZMR - ICHR:**  
**Bielfeldtweg 26 [DE-21682] STADE**

**Central Switzerland:**

Court of the Human Beings (GdM), Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casaï  
[CH-1209] GENEVA

**Headquarters USA:**

Court of the Human Beings (CHB), Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor  
[USA/WA- 20001] WASHINGTON D.C.

Reachability:

**The mediator Mustafa-Selim SÜRMELI can be reached at the IZMR and ZEB in Stade.  
Its extension is Office: Tel. 0049 4141-8609141 Fax. 0049-4141-8060351**

Process Language:

- German (mother tongue Turkish)

Academy:

- Academy Human Rights - ultra vires in the ius gentium

Immunity:

- privileged and independent Immunity

Director:

- Court of the people in Geneva
- Court of the Human Beings Washington D.C.

Vocation:

- civil defense
- Head of the High Commissioner for Human Rights of the IZMR and ZEB
- Art. 1, 142-149 Geneva Agreement IV - SR 0.518.51
- Legislative - public notice ECHR 75529/0
- Notary - ordre public- of the IZMR, ZEB and GdM / CHB

Experience:

- Natural, international and constitutional law as well as special field of human and bond law
- 35 years of experience - Professor at the Academy of Human Rights
- Compensation right in case of a positive breach of contract
- International law title holder and comprehensive right to fundamental rights
- Professorship in public law - ordre public
- Constitutional law
- Civil protection in individual law, commercial and private contract
- Civil, administrative and social law
- International Criminal Law and Criminal Law
- Organization: Company, association and corporate law

Amendment:

- Source for many legislative changes in
  - Compensation Law (1993 OEG-Pet 3-12-15-834-42457 BDS 12/6948)
  - Judicature Act
  - Federal Constitutional Court Act
  - Federal notar order
  - Federal lawer order
  - Code of Civil Procedure
  - Labor Court Act
  - Social Courts Act
  - Administrative Court Trim
  - Financecourt order
  - Court Costs Act
  - Attorney Fees Act
  - EC Consumer Protection Enforcement Act
  - Patent law
  - Utility Model Law
  - Trademark Act
  - Patent lawer order
  - Semiconductor Protection Law
  - Design Act
  - Military Complaints Regulations
  - Military Disciplinary Code
  - Law against restrictions of competition
  - Energy Act
- Source for many legislative changes in
  - Exclusion of justice at Regreß
  - Resumption of processes
  - Restitution and amnesty
  - judicial review
- Corporate law
  - Board of Trustees
    - Board of Trustees of the Network Human Rights
  - Supervisory Board of Trustees at the Network IZMR and ZEB and derivatives organizations for Human Rights

Commission:

- Head of the ad-hoc commission on the effectiveness of the authorities in the field of public law - ordre public -
- Referendum, veto and constitutional consideration of laws
- Voting examination and election control
- State liability of political mistakes by politics (he)
- Regression against politicians and parties in electoral fraud
- Morality test of politicians and ministers
- Dieting of parliamentarians
- Judicial appointment, judicial and judicial control
- Professional supervision of the administration of justice (lawyer and specialists of right)
- Examination of service and disciplinary proceedings of officials
- Examination of bias applications against judges
- Examination of abuse of rights and right bending
- Law enforcement in the office (§§ 92, 258a, 331-358 StGB)
- Examining the prosecution of crimes in office as high treason
- Prosecution of high treason
- Introduction and maintenance of public databases of persons in office
- Retrial and review of judgments
- Granting of legal aid
- compensation law
- Central OEG office for crimes in office
- Examination for defamation
- Cease-and-lay proceedings in civil law
- Examination of laws (human rights control on voter reservation AuslR)
- Examination over long procedure duration
- Examination in child care matters
- Examination for child abduction
- Examination in psychiatricization
- Examination and implementation of EU directives
- Approval and control of charitable status
- Statistics on the work carried out by public authorities and offenses in office

**The ad-hoc commission for the effectiveness of the authorities works dynamically in the individual case in the sense of a commission of omission for human right (alternatively) §§ 307, 179 BGB for the effective legal protection in the legal obligation and right guarantee as uppermost federal court and is called directly by the citizen. Therefore, no inbreeding depression of the system can occur, because the Commission is called by Article 1, 24 (3), 25, 20 (1, 4), 79 (3), 95, 137 GG in Art. 1-2 OCT and primarily in civil defense (Art. 1, 142-149 of the Geneva Convention IV - SR 0.518.51) is salvally legitimized.**

International law:

- Legislative Officer of Geneva Convention IV - SR 0.518-51

Public law:

- Art. 39-40 universal human rights constitution (UMR-Verfassung) in the law of contracts – SR 0.111;

**Federal Republic - Basics StGBI. No. 139/1918 of 19.12.1918**  
**Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18 / 24.04.1961**  
diplomatic and international documents with absolute probative value:

National Notary Johst MATTHIES, Tostedt, Deed 113/2009 IZMR, District Court STADE, Apostille 9191 a 85 - 15/2014  
National Notary Johst MATTHIES, Tostedt, Deed 114/2009 - ZEB, District Court STADE, Apostille 9191 a 85 - 16/2014  
National Notary Ralf GROSSE, Tostedt, Deed 139/2013 - GdM, District Court STADE, Apostille 9191 a 84 - 9/2013

- Founding, registering and legalizing non-governmental organizations (NGOs),
- To conclude and proclaim agreements with states and subjects of international law, and to act before state courts;
- Identify and sanction human rights violations and, as a Council, adopt and take decisions that sanction human rights violators;
- to speak as an arbitral tribunal and a politically independent judicial body,
- To appoint officials
- to act as a trustee,
- to confer diplomatic status and immunity,
- International and national contracts that have universal legal power to complete,
- acquire and dispose of movable and immovable property, in particular the right to reallocate land in occupied territories and to re-assign the people living in war zones; and
- at the call of a society or community, which recites the desire of its own state in the sense of the universal human right to advise, to support and to legitimize under international law.

Universal Human Rights [UMR] enjoys the privileges and immunities necessary to achieve its goals in the area of its members and / or members.

The delegates at the conference, the members of the board of directors, as well as the founding council and the officials of the original and prerogative office also enjoy the **privileges** and **immunities** which they require to be able to carry out their tasks related to the organization in full independence to be able to meet the natural guarantee obligation.

The assets of the founding organizations, no matter where and in whose possession they are, enjoy immunity from search, seizure, confiscation, expropriation, and any other form of interference or confiscation, whether through government or legislative measures. The archives of the founding organizations, no matter where they are, are inviolable, inalienable, non-negotiable and non-judicial. This also applies to electronic archives, computer hard drives or other data generated or stored in the context of electronic data processing.

- Buildings and parts of buildings and the surrounding grounds which, whoever their owner, are used for the purposes of the UMR,
- and archives and more generally all documents and data media that belong to the UMR

are inviolable, inalienable, non-negotiable and not judicable.

The derivative organizations from the founding organizations, as well as appropriately appointed staff members and their family members, are granted full diplomatic immunity in addition to immunity in the service area and immunity in the private area for the duration of their office.

# **RATIFIKATION - RATIFICATION**

**Art. 155 genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51**  
**zur Rechtdurchsetzung - for law enforcement**

## **BEITRITSCHUTZURKUNDE - ACCESSION PROTECTION CERTIFICATE**

von - from

**Prof. Mustafa-Selim SÜRMELI - EGMR / ECHR 75529/01**

als - as

**SCHUTZMACHT (Zivilschutz) - PROTECTIVE POWER (civil protection)**

### **Eidesformel - Beitritt als Schutzmacht im Zivilschutz (genfer Abkommen)**

Ich schwöre im Bewußtsein Meiner Verantwortung vor dem Schöpfer und der Schöpfung als Recht schaffener Mensch, vom Willen beseelt, als gleichberechtigter Mensch des Heiligen Volkes im Menschsein, dem Frieden der Welt auf Erden zu dienen, neben Meinem Recht die Pflichten eines ehrenamtlichen Richters getreu dem Zivilschutz, -getreu dem zwingenden Völkerrecht-, zu erfüllen, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen des Menschen oder der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, daß Ich Meine Kraft dem Wohle der Menschheit widmen, seinen Nutzen mehren, um Schaden von der Menschheit abzuwenden, den Zivilschutz wahren und verteidigen, die Pflichten im zwingenden Völkerrecht gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde, so wahr mir der Schöpfer im Schöpferbund des Heiligen Volkes helfe.

### **Oath formula - Accession as a protective power in civil protection (Geneva Convention)**

I swear in the awareness of My responsibility before the Creator and creation as a righteous man, inspired by the will to serve as an equal man of the Holy People in humanity, to serve the peace of the world on earth, besides My right the duties of an honorary judge faithful to civil protection, -to comply with the mandatory international law, to carry out, to judge to the best of my knowledge and conscience without regard to man or the person, and to serve only truth and justice, that I dedicate My strength to the good of humanity, increase its benefits, to avert harm from humanity, maintain and defend civil protection, conscientiously fulfill the duties of mandatory international law and exercise justice against everyone, as the Creator will help me in the Creator League of the Holy People.

---

### **Unterschrift ohne Rechtverlust - Signature without loss of rights**

ben, 02.07.2020, Mustafa-Selim SÜRMELI – Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium  
 Rechttitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Madde 24 (3), 25 GG  
 Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
 Leitung: Prof. Mustafa-Selim SÜRMELI, ECHR 75529/01  
 Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV - BVerfGE 1 BvR 1766/2015 Grundrechtberechtigung

ben, July 02, 2020, Mustafa-Selim SÜRMELI - Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium  
 Legal title holder ECHR 75529/012, Art. 53, 59 ECHR, Madde 24 (3), 25 GG  
 Akademie Menschenrecht - nds. Ministry of Science and Culture - 24-71109 / 2 - 4/15  
 Head: Prof. Mustafa-Selim SÜRMELI, ECHR 75529/01  
 Art. 19 (3) fundamental right, Art. 1-2 ÜLV - BVerfGE 1 BvR 1766/2015 fundamental rights

# RATIFIKATION - RATIFICATION

Art. 155 genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51  
zur Rechtdurchsetzung - for law enforcement

## EITRITSCHUTZURKUNDE - ACCESSION PROTECTION CERTIFICATE

von - from  
**Prof. Mustafa-Selim SÜRMELI - EGMR / ECHR 75529/01**  
 als - as  
**SCHUTZMACHT (Zivilschutz) - PROTECTIVE POWER (civil protection)**

### Eidesformel - Beitritt als Schutzmacht im Zivilschutz (genfer Abkommen)

Ich schwöre im Bewußtsein Meiner Verantwortung vor dem Schöpfer und der Schöpfung als Recht schaffener Mensch, vom Willen beseelt, als gleichberechtigter Mensch des Heiligen Volkes im Menschsein, dem Frieden der Welt auf Erden zu dienen, neben Meinem Recht die Pflichten eines ehrenamtlichen Richters getreu dem Zivilschutz, -getreu dem zwingenden Völkerrecht-, zu erfüllen, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen des Menschen oder der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, daß Ich Meine Kraft dem Wohle der Menschheit widmen, seinen Nutzen mehren, um Schaden von der Menschheit abzuwenden, den Zivilschutz wahren und verteidigen, die Pflichten im zwingenden Völkerrecht gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde, so wahr mir der Schöpfer im Schöpferbund des Heiligen Volkes helfe.

### Oath formula - Accession as a protective power in civil protection (Geneva Convention)

I swear in the awareness of My responsibility before the Creator and creation as a righteous man, inspired by the will to serve as an equal man of the Holy People in humanity, to serve the peace of the world on earth, besides My right the duties of an honorary judge faithful to civil protection, -to comply with the mandatory international law, to carry out, to judge to the best of my knowledge and conscience without regard to man or the person, and to serve only truth and justice, that I dedicate My strength to the good of humanity, increase its benefits, to avert harm from humanity, maintain and defend civil protection, conscientiously fulfill the duties of mandatory international law and exercise justice against everyone, as the Creator will help me in the Creator League of the Holy People.

Stade, 02.07.2020

**Unterschrift ohne Rechtverlust - Signature without loss of rights**

ben, 02.07.2020, Mustafa-Selim SÜRMELI – Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium  
Rechttitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Madde 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15

Leitung: Prof. Mustafa-Selim SÜRMELI, ECHR 75529/01  
Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV - BVerfGE 1 BvR 1766/2015 Grundrechtaberechtigung

ben, July 02, 2020, Mustafa-Selim SÜRMELI - Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium  
Legal title holder ECHR 75529/012, Art. 53, 59 ECHR, Madde 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministry of Science and Culture - 24-71109 / 2 - 4/15  
Head: Prof. Mustafa-Selim SÜRMELI, ECHR 75529/01  
Art. 19 (3) fundamental right, Art. 1-2 ÜLV - BVerfGE 1 BvR 1766/2015 fundamental rights

Urkundenrolle Nr. 247/2020

Vorstehende, eigenhändig vor mir vollzogene Unterschrift

des Herrn Mustafa Selim Sürmeli, geb. am 20.10.1962 in Amasya/Türkei,  
wohnhaft Bielfeldtweg 26, 21682 Stade,  
ausgewiesen durch Reisepass Nr. U 02845829,

b e g l a u b i g e ich hiermit.

Der Reisepass des Beteiligten wurde mit seinem Einverständnis kopiert.

Der Notar fragte nach einer Vorbefassung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG.

Sie wurde von dem Beteiligten verneint.

Stade, den 02. Juli 2020

  
Notar



## Apostille

(Convention de La Haye du 5 octobre 1961)

1. Land: Bundesrepublik Deutschland  
Diese öffentliche Urkunde
2. ist unterschrieben von Egmont Bilzhouse
3. in seiner Eigenschaft als Notar
4. sie ist versehen mit dem Siegel des  
Notars Egmont Bilzhouse in Stade

## Bestätigt

5. in D-21656 Stade
6. am 09.07.2020
7. durch den Präsidenten des Landgerichts
8. unter Nr. 9101 a 119 - 133/2020
9. Siegel
10. Unterschrift  
In Vertretung

Grabbe  
(Birgit Grabbe)



JV 110 Apostille (9.82)



## ERKLÄRUNG:

Zwei beglaubigte und apostillierte Ratifikationsurkunden der

- **Schutzmacht im Zivilschutz**

### **Beweisurkunden mit absoluter Beweiskraft**

#### **wiener Abkommen - Diplomatie:**

**Landesnotar Egmont BILZHAUSE jun., STADE, Urkunde 247/2020 vom 07.07.2020**

#### **haager Abkommen - Apostille:**

**Landgericht STADE, Apostille 9191 a 119– 133 /2020**

#### **als Beitritt in die genfer Abkommen durch Ratifikation:**

**SR 0.518.12, SR - 0.518.23, SR - 0.518.42, SR - 0.518.51**

**Beweis: Zustellungsurkunden - Art. 155-159 - SR - 0.518.51**

- **und dem Restitutionsgericht**

### **Beweisurkunden mit absoluter Beweiskraft - Gerichtstand:**

#### **wiener Abkommen - Diplomatie:**

**Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – Gerichthof GdM / CHB**

#### **haager Abkommen - Apostille:**

**Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013**

sind in einer Sonderbandfassung an den schweizer Bundesrat mit den UPU-Nummern

**BRD: RT963984265DE = RJ000105726DE und CH: 98.40.472361.14618493**

ordnungsgemäß gemäß Art. 155 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

zugestellt worden. Es erfolgte kein Widerspruch durch die Schweiz.

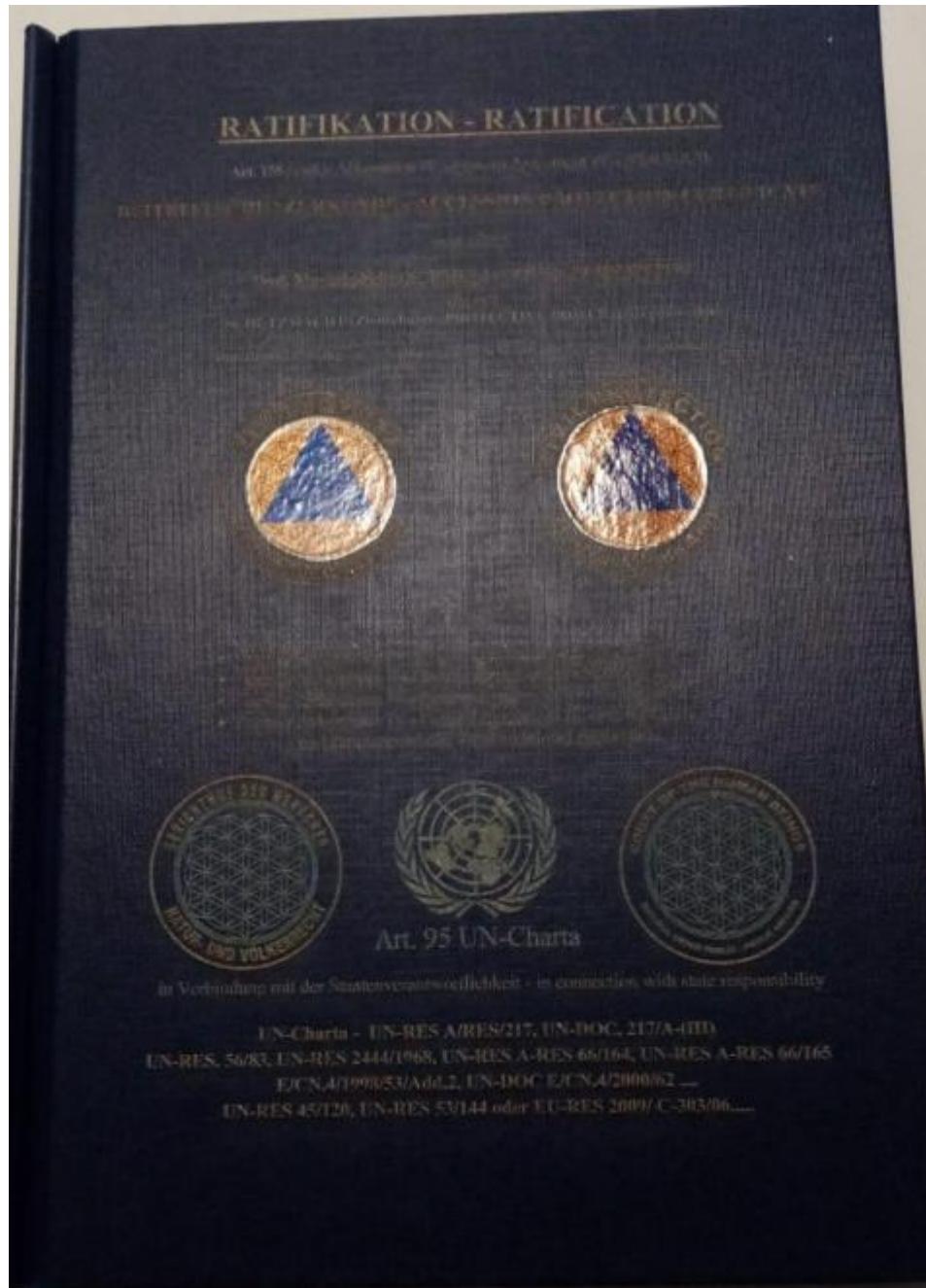


*mu. hf. kli. hsm.*

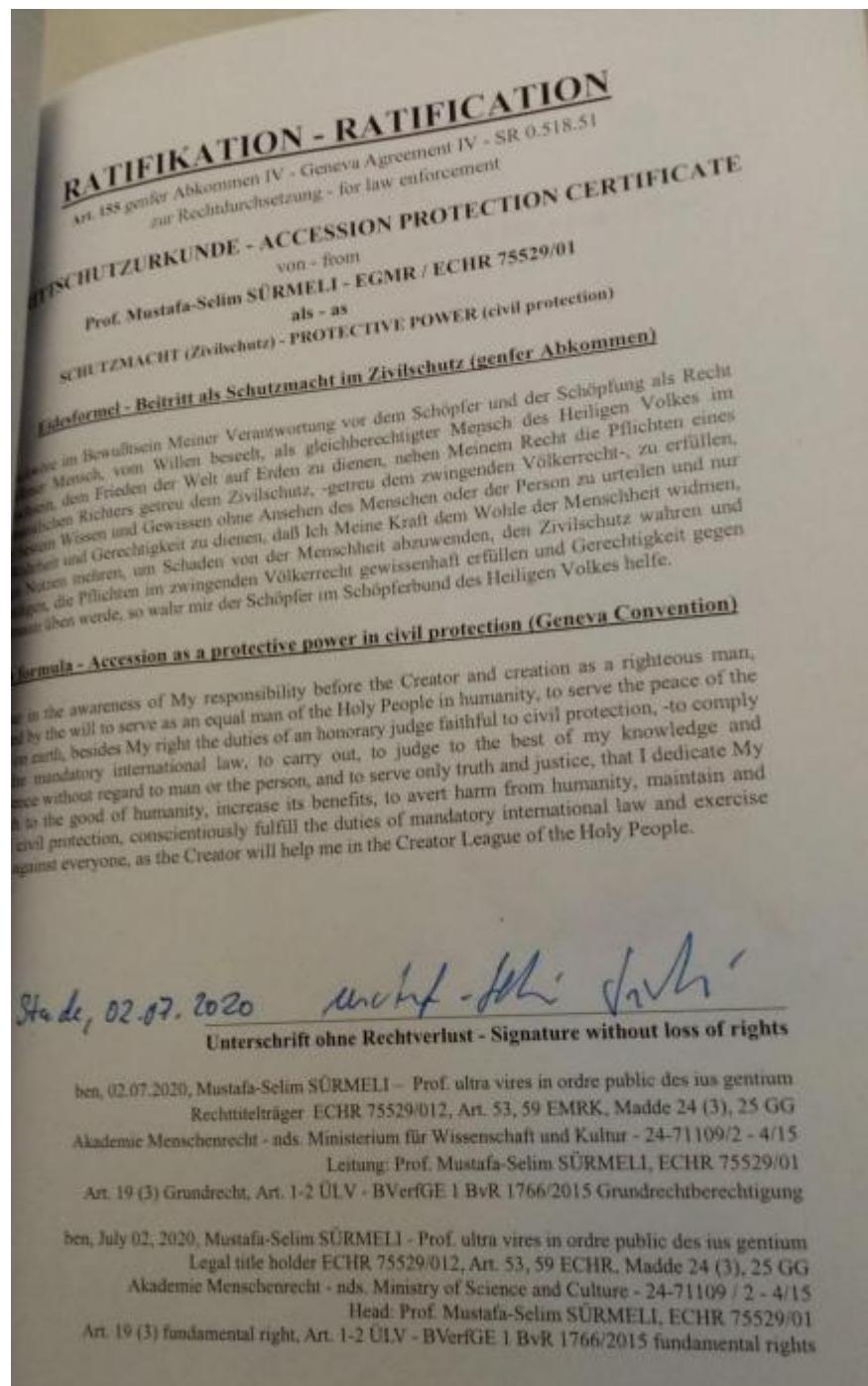
**Prof. Mustafa Selim SÜRMELI ECHR 75529/01 SEO**  
Richter beim CHB-GdM ANKARA

- im Namen und im Rechtauftrag der Schutzmacht amtlich tätig

18.08.2024 – Ratifikation im genfer Abkommen - völkerrechtliche Zeichnung - Art. 9-12 UN-RES 56/83  
Zivilschutz der SCHUTZ MACHT, Bielfeldtweg 26, [DE-21682] STADE

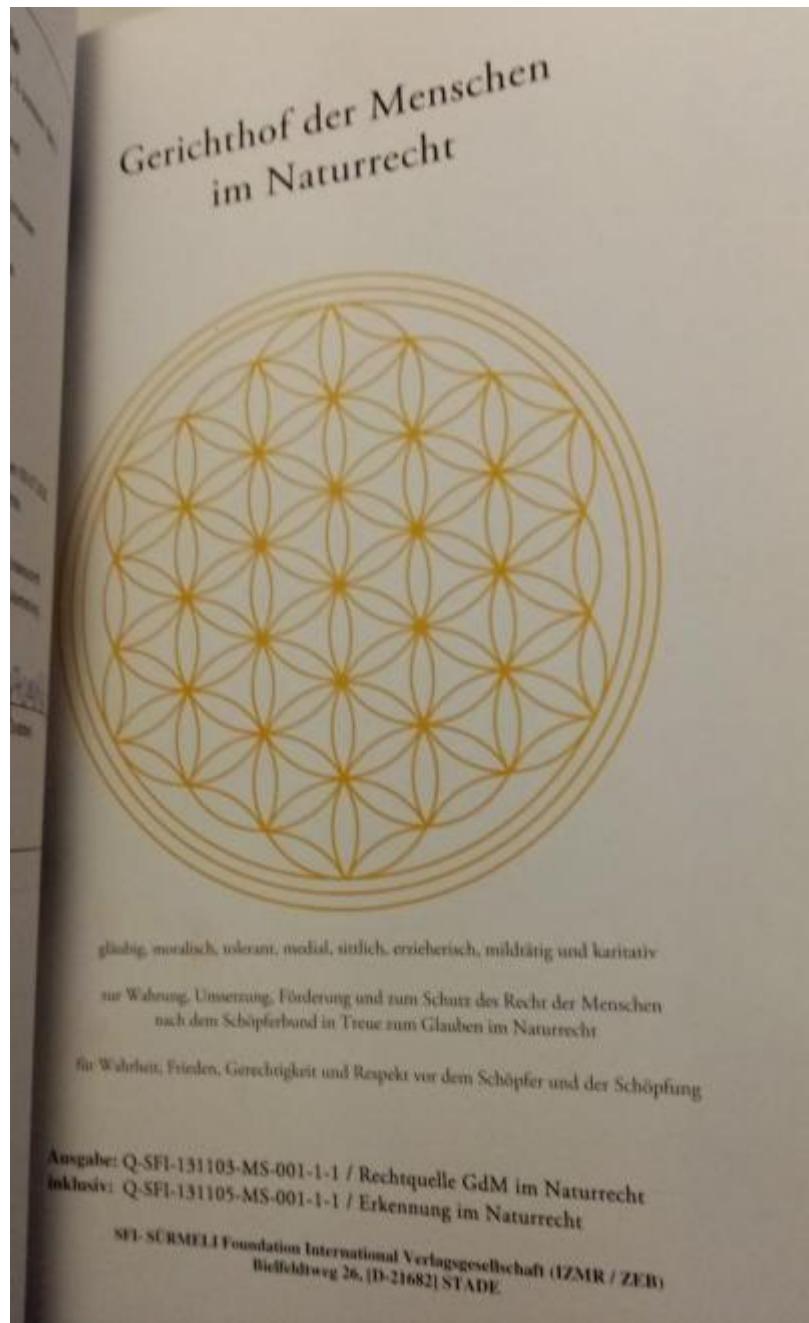


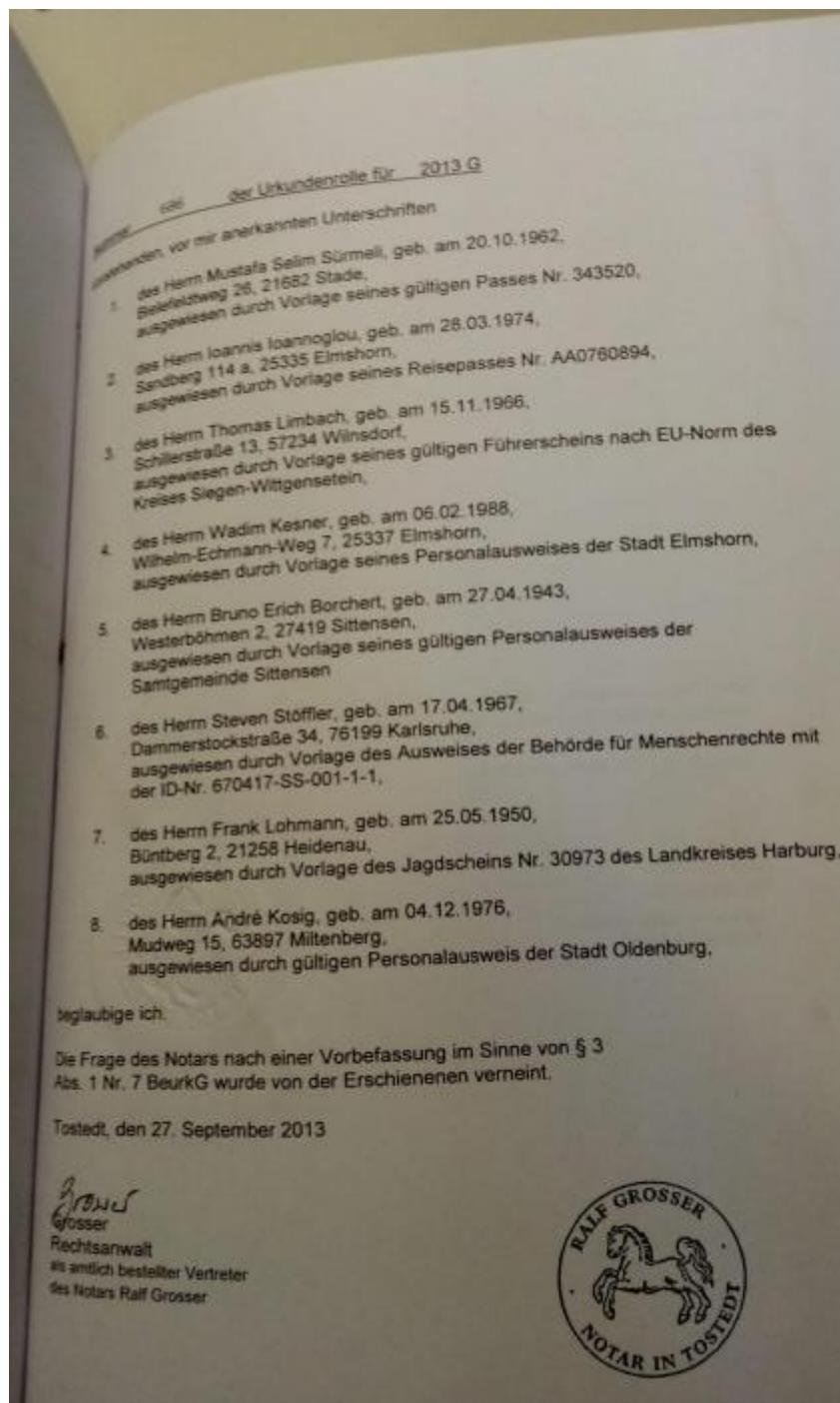
 <b>GdM</b> <b>Gerichtshof der Menschen</b> Netzwerk Menschenrecht	 <b>Art. 95 UN-Charta</b>	<b>GdM - Pflichtgerichtshof</b> öffentlich-rechtliches Gericht im öffentlich-priviligierten Rechtsraum Avenue Pasteur, Nr. 1-19 CH für Menschen, 124 (2-3), 25, 73 (35-95), 137 GG  <b>Gerichtshof der Menschen</b> (Art. 73 UN-Charta zu Art. 349 GA IV)
		<b>Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casal, [CH-1209] GENEVA</b>  Telefon: +41 (0)41 41 / 0609142 Telefax: +41 (0)41 41 / 0609143
<b>GdM - Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casal, [CH-1209] GENEVA</b> 812		
<b>EDA - Protokollbüro</b> im Bundeshaus West  <b>[CH-3003] BERN</b>		
14.07.2020 [n. Chr. aE.]		
<b>PROTOKOLL der SCHUTZMACHT über die Ratifikation (Beitritt) im VÖLKERRECHT:</b>		
<b>diplomatische Aufgabe des Protokolls wegen Anknüpf (Beitritt) der SCHUTZMACHT</b> im zwingend-öffentlichen Völkerrecht - Recht des Volkes - (ius gentium) Ius gentium als das Recht des geistig-lichendGenen Volkes - Heiliges Volk!		
<b>Beweisurkunden mit absoluter Beweiskraft:</b> Bundesrepublik - Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918		
<u><b>Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WiD vom 18/24.04.1961, §§ 18-20 GVG, § 2 VwVfG, § 40 VwGO</b></u>  <b>wiener Abkommen - Diplomatic:</b> Landesnotar Egmont BILZHAUSE jus., STADE, Urkunde 347/2020 vom 07.07.2020		
<u><b>haager Abkommen - Apostille:</b></u> Landgericht STADE, Apostille 9191 a 119-133/2020		
<u><b>als Beitritt in die genfer Abkommen durch Ratifikation:</b></u> SR 0.518.12, SR - 0.518.23, SR - 0.518.42, SR - 0.518.51		
  <b>genfer Abkommen</b> SR 0.518.12, SR - 0.518.23, SR - 0.518.42, SR - 0.518.51 <b>Recht der Verträge</b> SR 0.111 14.05/13.06.1986 <b>UN-Charta</b> SR 0.120 26.07.1945 <b>AEMR - erklärte Menschenrecht</b> in Verbindung mit A/RES/217, UN-Doc. 217/A-(III) <b>Staatenverantwortlichkeit</b> in Verbindung mit UN-RES 56/83 <b>Zivilschutz</b> in Verbindung mit UN-RES 66/164 <b>wiener Abkommen - Diplomatic</b> SR 0.191.2 08.12.1969 - Sonderbotschafter <b>wiener Übereinkommen -Botschaft</b> SR 0.191.01 18.04.1961 <b>wiener Übereinkommen -Konsul</b> SR 0.191.02 24.04.1963 <b>haager Abkommen -Apostille</b> SR 0.172.030.4 05.10.1961		
<hr/> <b>GdM - Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casal, [CH-1209] GENEVA</b>  <b>Bundesrepublik - Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918</b> <u><b>Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WiD vom 18/24.04.1961</b></u>		
Beweisurkunden: Landesnotar John Matthes, Tostedt, Urkunde 113/2009 DZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 - 15/2014 Landesnotar John Matthes, Tostedt, Urkunde 114/2009 - ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 - 16/2014 Landesnotar Ralf Gessner, Tostedt, Urkunde 139/2013 - GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 - 9/2013		

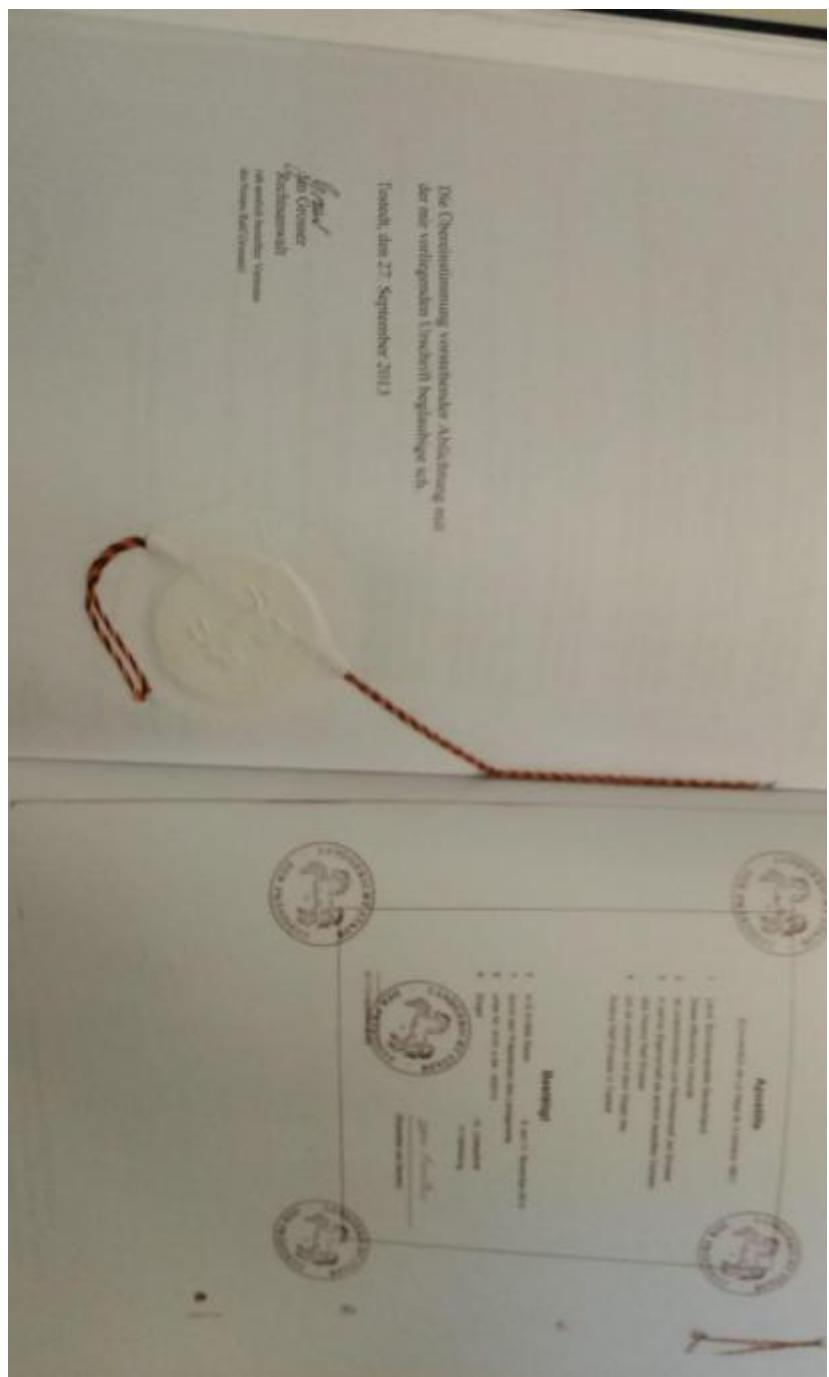


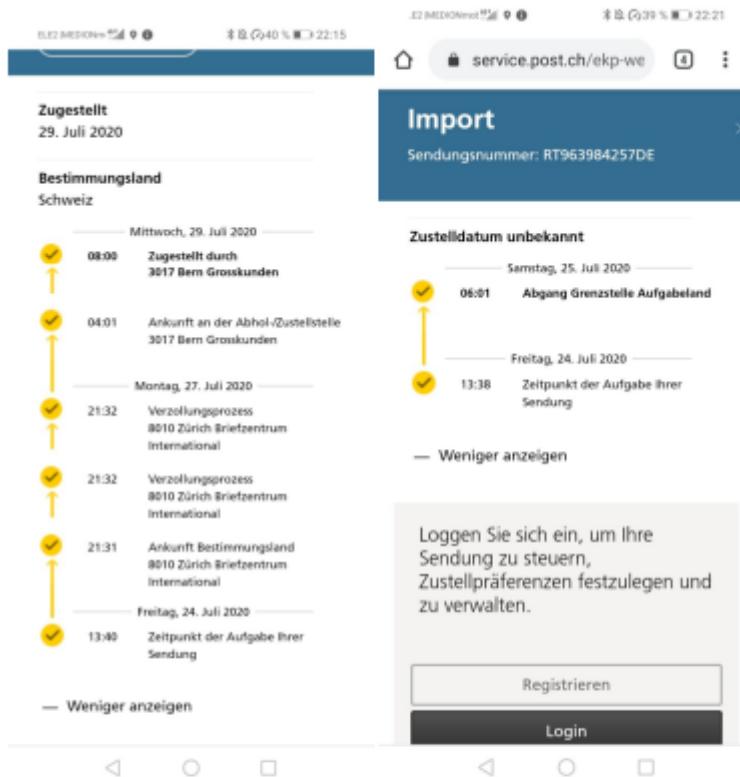












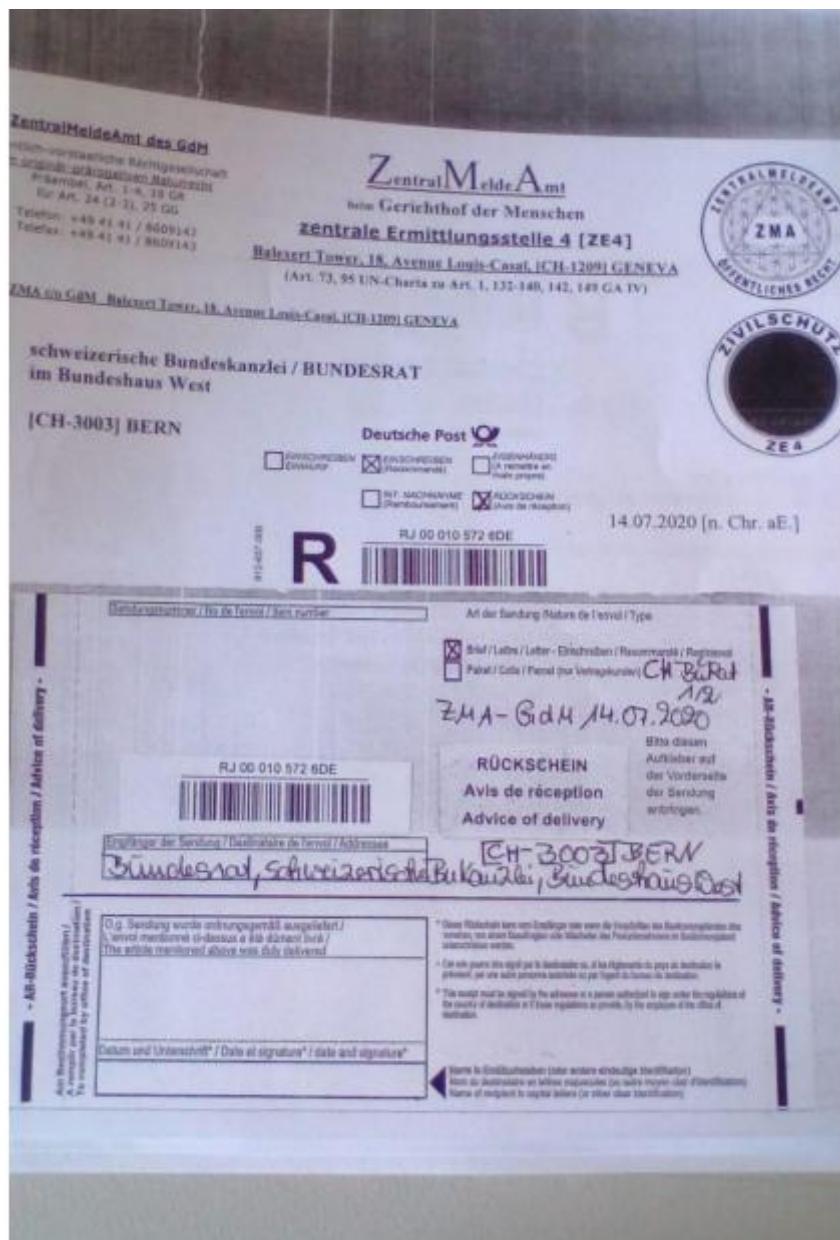
<https://www.deutschepost.de/sendung/simpleQuery.htm>

Am 22.04.2020 wurde ein Päckchen mit zwei Urkunden für die Schweiz (Bundeskanzlei – Bundesrat BERN) bei der Post in Stade (Hahle) aufgegeben. Die Zweigstelle erklärte nach Annahme, die Post sei zu schwer und wurde dann in 2 einzelne Teile verpackt und abgesandt.

- RT963984265DE
- RT963984257DE

Die eine Post ist RT963984265DE in BERN angekommen, die andere RT963984257DE noch nicht.

 <b>GdM</b> <b>Gerichtshof der Menschen</b> <b>Netzwerk Menschenrechte</b> Art. 95 UN-Charta	 <b>GdM - Gerichtshof der Menschen</b> Adresse: 18, Avenue Louis-Casal, CH-1289 GENEVA Tel.: +41 22 900 0001, Fax: +41 22 900 0002 E-Mail: <a href="mailto:info@gerichtshof.ch">info@gerichtshof.ch</a>
<p><b>Balser Tower, 18, Avenue Louis-Casal, CH-1289 GENEVA</b></p> <p><b>18621020-ms-00000001-1 &gt; [CH-3003] EDA Ratifikation SCHUTZMACHT</b></p> <p><b>schweizerischer Bundeskanzlei/Bundesrat</b> im Bundeshaus West</p> <p><b>[CH-3003] BERN</b></p> <p><b>Rechtsdurchsetzung: 19621020-ms-00000001-1 &gt; [CH-3003]- EDA Ratifikation SCHUTZMACHT</b></p> <p><b>Beitritt über die öffentliche Ratifikation mit Apostille als SCHUTZMACHT (formlos)</b> <b>in das zwingende Völkerrecht genfer Abkommen I - IV (Kontrahierungzwang):</b></p> <p><b>Hinweis: Für die Rechtsdurchsetzung</b></p> <p><b>19621020-ms-00000001-1 &gt; [CH-3003]- EDA Ratifikation SCHUTZMACHT</b></p> <p>besteht im zwingenden Völkerrecht die Zertifpflicht für alle Korrespondenzen. Bei der Eingabe des Bundesrates im welt-weiten WEB wird die Anschrift für den Bundesrat als</p> <p><b>schweizerische Bundeskanzlei, im Bundeshaus West, [CH-3003] BERN</b></p> <p>angezeigt. Sollte die Anschrift falsch sein, so ist dieser Beitrag <u>salvatorisch</u> über die öffentliche Ratifikation mit Apostille als SCHUTZMACHT (formlos) im zwingenden Völkerrecht an den Bundesrat zwingend weiterzuleiten. Es gibt keine einheitliche Anschrift für den Bundesrat!</p> <p>Das genfer Abkommen zum Schutz der Zivilpersonen beschäftigt sich mit Individualbeschwerden und Individualverbrechen gegen Menschen und Menschlichkeit, so daß systematische Anwendungsfehler im Vollzug der genfer Abkommen vorliegen, denn Staaten können kein Menschenrecht, sondern gewaltsame Menschenrechtverletzungen machen. Die genfer Abkommen können sich wegen dem derzeitigen Fehlen der vertraglichen Schutzmacht abschließend nicht fortentwickeln und aus diesem Grund gibt es so viele Probleme und Konflikte zum Leid und Elend des Menschen und der Menschheit auf Erden in der Welt.</p> <p>Im öffentlichen Recht können Staaten keine Schutzmacht sein, da das Gesetz der Staaten bei Menschenrechtverletzungen nicht angewandt werden kann und darf (Art. 6 EGBGB, Art. 3, 32, 56 UN-RES 56/83). Derivatorganisationen bekommen ihre partielle Rechtschutzfähigkeit von dem sie schaffenen Rechtsträger als Schutzmacht.</p> <hr/> <p><b>GdM - Balser Tower, 18, Avenue Louis-Casal, CH-1289 GENEVA</b></p> <p><b>Bundesrepublik - Grundlagen SIGBI Nr. 129/1918 vom 19.12.1918</b> <b>Regelungssatz HK vom 03.10.1962, WID vom 16.04.1963</b></p> <p><b>Bewohnterstand:</b> Landesrat Jörg Matthes, Tostedt, Urkunde 113/2009 ZMBR, Landgericht STADE, Apostille 9191 § 30 - 13.2014 Landesrat Jörg Matthes, Tostedt, Urkunde 114/2009 - ZER, Landgericht STADE, Apostille 9191 § 31 - 13.2014 Landesrat Ralf Grossow, Tostedt, Urkunde 178/2013 - GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 § 34 - 8.2013</p>	





The screenshot shows a split-screen view of a tracking page. On the left, a dark blue sidebar displays the word "Import" and the tracking number "Sendungsnummer: RT963984257DE". Below this, the text "Zustelldatum unbekannt" is shown. A timeline of events is listed:

- 06:01 Samstag, 25. Juli 2020 Abgang Grenzstelle Aufgabeland
- 13:38 Freitag, 24. Juli 2020 Zeitpunkt der Aufgabe Ihrer Sendung

Below the timeline, there is a link to "weniger anzeigen" (show less) and a yellow circular icon with a question mark. A message encourages users to log in to manage their delivery. At the bottom of the sidebar, there is a section for "Anliegen" (complaints) with a "Kontakt" button.

On the right side of the screen, the URL "deutschepost.de/send" is visible in the browser's address bar. The main content area has a yellow header bar with a search icon. Below it, the heading "SENDUNGSVERFOLGUNG" is followed by tabs: "Einzelabfrage" (selected), "Geschäftskunden", and "Nachforschung".

The results table has columns: "Sendungsnummer", "Status der Sendung", and "Weiter". One row is shown:

Sendungsnummer	Status der Sendung	Weiter
RT963984257DE	Die Sendung wurde am 27.07.2020 im Zielland Schweiz dem Zoll übergeben.	<a href="#">► Sta</a> <a href="#">► Gle</a> <a href="#">► Zur</a>

Below the table, there is a link to "Hilfe zum Sendungsstatus". At the bottom of the right panel, there are "Zurück" and "Neue Abfrage" buttons, along with three small navigation icons.

#### Einlieferungsbelege:



<p><b>Rafflistung - Schützmaul -</b></p> <p>Einlieferungsbeleg / Quittung Bitte Beleg gut aufbewahren</p> <p>Deutsche Post AG 21882 Stade 81021136 8820 24.07.2020 13:40</p> <p>Sendungsnummer: RT963984265DE Empfangsland: CH E Int RSch</p> <p>Gesamtpreis (Brutto) *0,00 EUR Zahlbetrag: *0,00 EUR</p> <p>Servicenummer International 0228 4333112 Mo-Fr: 8:00 - 18:00 Uhr</p> <p>Internet: <a href="http://www.deutschepost.de/briefstatus">www.deutschepost.de/briefstatus</a></p> <p>Vielen Dank für Ihren Besuch. Ihre Deutsche Post AG</p> <p style="text-align: center;">☒ ☒ ☒</p>		<p>Einlieferungsbeleg / Quittung Bitte Beleg gut aufbewahren</p> <p>Deutsche Post AG 21882 Stade 81021136 8818 24.07.2020 13:36</p> <p>Sendungsnummer: RT963984257DE Empfangsland: CH E Int RSch</p> <p>Gesamtpreis (Brutto) *0,00 EUR Zahlbetrag: *0,00 EUR</p> <p>Servicenummer International 0228 4333112 Mo-Fr: 8:00 - 18:00 Uhr</p> <p>Internet: <a href="http://www.deutschepost.de/briefstatus">www.deutschepost.de/briefstatus</a></p> <p>Vielen Dank für Ihren Besuch. Ihre Deutsche Post AG</p> <p style="text-align: center;">☒ ☒ ☒</p>	
<p>Deutsche Post AG 21882 Stade 81021136 24.07.2020</p> <p>8817 Labelfreimachung 1 Stück x 12,70 EUR *12,70 EUR A,1</p> <p>8819 Labelfreimachung 1 Stück x 12,70 EUR *12,70 EUR A,1</p> <p>Bruttoumsatz *25,40 EUR umsatzsteuerbefreit nach § 14 UStG A Nettoumsatz A *25,40 EUR</p> <p>In Kasse und auf Rechnung 1 Deutsche Post AG</p> <p>Steuernummer der Deutsche Post AG 5205/5777/1510</p> <p>Zufrieden mit Ihrem Filialbesuch? QR-Code scannen und Feedback absenden oder URL eingeben: <a href="http://www.postfnder.de">www.postfnder.de</a></p> <p style="text-align: center;"></p> <p>Vielen Dank für Ihren Besuch. Ihre Deutsche Post AG</p>			

